

Landesmitgliederversammlung 2010.2
der Piratenpartei Deutschland Berlin

ARENA GLASHAUS BERLIN, 23./24. Oktober 2010

Antragsbuch

Stand: 2010-10-22, 22 Uhr



Navigationshilfe

P-AA #001 - Suchtpolitik.....	5
Suchtpolitisches Grundsatzprogramm.....	5
P-AA #008 - Drogenpolitik.....	8
Drogenpolitisches Grundsatzprogramm.....	8
P-AA #036 – Drogen- und Suchtpolitik.....	14
Drogen- und suchtpolitisches Grundsatzprogramm.....	14
P-AB #004 – Mehr Demokratie.....	17
Mehr Demokratie wagen.....	17
P-AB #013 – Mehr Demokratie.....	20
Mehr Demokratie wagen (Alternative).....	20
P-AC #012 – Bürgerdemokratie.....	24
Präambel: Bürgerdemokratie.....	24
P-AD #005 – Mehr Demokratie.....	26
Mehr Demokratie wagen - fürs Wahlprogramm.....	26
P-AE #011 - Verwaltung.....	31
Für eine transparente Politik und Verwaltung.....	31
P-AF #019 - Fluglärm.....	34
Fluglärminitiative	34
P-AG #018 - Ladenschluss.....	36
Ladenschluss.....	36
P-AH #014 - Kultur.....	38
Grundsatzprogramm: Kunst und Kultur.....	38
P-AI #010 - Verwaltung.....	41
Für die Förderung der Open Culture in Politik und Verwaltung	41
P-AK #020 - Verwaltung.....	43
Für eine bürgernahe Verwaltung	43
P-AL #023 - Software.....	45
Verwendung freier Software in der Berliner Verwaltung.....	45
P-AM #009 – Staat und Religion.....	47
Für die Trennung von Staat und Religion.....	47
P-AM #025 – Staat und Religion.....	49
Für die Trennung von Staat und Religion (Alternative).....	49
P-AN #003 - Geschlechter- und Familienpolitik.....	52
Parteiprogramm: Geschlechter- und Familienpolitik.....	52
P-AO #002 - Bildung.....	55
Bildungsprogramm: Vielfalt, Wahlfreiheit, Demokratisierung.....	55
P-AP #021 - Wissenschaft.....	61
Wissenschaft und Forschung.....	61
P-AP #039 - Wissenschaft.....	65
Wissenschaft und Forschung (Alternative).....	65

P-AQ #024 - Hochschule.....	68
Gemeinsamer Runder Tisch von Hochschulen, öffentlichen Trägern, Lehrenden, Lernenden und Forschenden.....	68
P-AR #022 - Werbeverbot.....	70
Antrag auf Streichung der Ausführungen zum Werbeverbot im öffentlichen Raum.....	70
P-AS #026 - Polizei.....	72
Unabhängige Beschwerdestelle für Polizei-Übergriffe.....	72
P-AT #028 - Stadtentwicklung.....	74
Grundsatzprogramm für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr / Modul 1 Präambel Gebt die Stadt ihren Bewohnern!.....	74
P-AU #029 - Stadtentwicklung.....	76
Grundsatzprogramm für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr / Modul 2 Stadtentwicklung - Eine lebenswerte Stadt für alle Berliner!.....	76
P-AV #030 - Stadtentwicklung.....	78
Grundsatzprogramm für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr / Modul 3 Bauen und Wohnen.....	78
P-AW #031 - Stadtentwicklung.....	81
Grundsatzprogramm für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr / Modul 4 Öffentliche Infrastruktur.....	81
P-AX #032 - Stadtentwicklung.....	86
Grundsatzprogramm für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr / Modul 5 Zugang zu städtebaulichen Informationen und Verfahren.....	86
P-AY #033 - Integration.....	88
Grundsatzprogramm für Integrations- und Migrationspolitik.....	88
P-AY #038 - Integration.....	93
Grundsatzprogramm für Integrations- und Migrationspolitik (Variante)	93
P-AZ #035 - Polizei.....	97
Individuelle Kennzeichnungspflicht für Polizei-Beamte	97
O-AA #006 - Kandidaten.....	99
Ablauf der Aufstellung für Kandidaten zum Abgeordnetenhaus und der BVVen zur Wahl 2011.....	99
O-AA #015 - Kandidaten.....	102
Antrag betreffend die Wahl zum Abgeordnetenhaus 2011	102
O-AB #037 – Umgang in der Partei.....	104
Selbstverpflichtung: Umgang miteinander innerhalb der Piratenpartei Berlin.....	104
Z-AA #016 - Schwarzfahrer.....	107
Abschaffung des 'Schwarzfahrerparagrafen' (§ 265a Erschleichen von Leistungen)	107
Z-AB #007 - Drogen.....	109
Positionspapier der AG Drogen.....	109
Z-AC #017 - BGE.....	111
Positionspapier zum Bedingungslosen Grundeinkommen.....	111

Z-AC #034 - BGE.....	119
Positionspapier: Zukunftsfähige Sozialpolitik durch ein bedingungsloses Grundeinkommen.....	119
Z-AD #027 - Boxen.....	123
Boxen verbieten	123

P-AA #001 - Suchtpolitik

Suchtpolitisches Grundsatzprogramm

Antragsteller: Benjamin Meyer, Heide Hagen

Antragstyp: Programmantrag

Einordnung: Grundsatzprogramm

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 **Antrag**

2 Folgender Text wird dem Grundsatzprogramm in ei-
3 nem Abschnitt „Suchtpolitik“ hinzugefügt:

4 Von alters her sind Rausch und Sucht Bestandteil je-
5 der Kultur. Diese Tatsache erfordert es, sich vorur-
6 teilsfrei mit dem Konsum von Genussmitteln und des-
7 sen Folgen auseinanderzusetzen, um mit einer prag-
8 matischen Suchtpolitik Schaden von der Gesellschaft
9 abzuwenden.

10 Die bisherige, repressive, fast einseitig auf Abstinenz
11 abzielende Drogenpolitik ist offensichtlich geschei-
12 tert: Sie schuf einen Schwarzmarkt, der weder Ju-
13 gend- noch Verbraucherschutz kennt und überdies
14 die Rechte von Nichtkonsumenten ignoriert.

15 Die Piraten folgen einer auf wissenschaftlichen Fak-
16 ten beruhenden Suchtpolitik.

17 Basis dieser Suchtpolitik sind:

- 18 1. Umfassende, ideologiefreie Aufklärung
- 19 2. Genusskultur und Eigenverantwortung

- 20 3. Qualitätskontrolle und Verbraucherschutz
- 21 4. Hilfe für Risikokonsumenten
- 22 5. Schutz von Nichtkonsumenten

Begründung/Erläuterung

Warum sprechen wir von Suchtpolitik und nicht mehr von Drogenpolitik?

Wir sprechen konsequent von Suchtpolitik, weil die Ursache von Abhängigkeitserkrankungen nicht die gebrauchten Genussmittel sind, sondern das Verhalten der Konsumenten. Die Notwendigkeit, von einer reinen Drogenpolitik (Fokus auf die gebrauchten Substanzen, auch Substantismus genannt) zu einer allgemeinen Suchtpolitik (Fokus auf das Verhalten des Konsumenten, auch Life-Skill genannt) überzugehen, zeigt sich nicht zuletzt in der Verbreitung nichtstoffgebundener Süchte, wie Spiel- oder Kaufsucht.

Warum ist Suchtpolitik Piratenpolitik?

Piraten stehen grundsätzlich für die größtmögliche individuelle Freiheit und das kleinstmögliche Eingreifen des Staates.

Die individuelle Freiheit wird durch die bisherige Drogenpolitik massiv beschnitten. Kennzeichen dieser - gescheiterten - Drogenpolitik sind die willkürlichen Verbote bestimmter Genussmittelgruppen, die unsachliche Ächtung einiger psychotrop wirkender Substanzen und die einseitige Fokussierung auf diese.

Der Staat darf die freie Wahl der Genussmittel **nicht** einschränken.

Aufgabe des Staates ist es, für eine vernünftige Suchtpolitik Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen eine frühe und ideologiefreie Aufklärung stattfinden kann und Eigenverantwortung und Genusskultur selbstverständlich werden. In unserem Verständnis von Suchtpolitik geht es nicht um die Masse der Genusskonsumenten, sondern darum, riskanten Konsum mittels Aufklärung und Safer-Use-Maßnahmen zu vermeiden und Problemkonsumenten mit niedrighwelligen Hilfsangeboten zu versorgen. Die Politik sollte sich aus allen selbstbestimmten und nicht fremdschädigenden Lebensentwürfen raushalten. Das gilt erst Recht beim subjektiven Erlebnis „Genuss“!

Ferner ist es wichtig, im Grundsatzprogramm der Piratenpartei Alleinstellungsmerkmale zu verankern. Die unübliche Terminologie, die wir in unserem Grundsatzprogramm benutzen, („Suchtpolitik“, „Genussmittel“, „Genusskultur“ etc.) macht den Unterschied zu den anderen Parteien, die an ihrer dogmatischen Drogenpolitik festhalten - und damit scheitern - sehr deutlich.

Warum haben wir den Text knapp und allgemein formuliert?

Das Grundsatzprogramm soll für Außenstehende lesbar sein. Lange Texte werden von vielen ungern gelesen. Prägnant formuliert gibt das Grundsatzprogramm eine Richtung vor, ohne zu detailliert zu werden und den Handlungsspielraum des Landesverbands einzuschränken. Die oben stehende Formulierung deckt alles ab, ist kurz und bündig und läßt dem Landesverband einen großen Freiraum für die Erstellung eines detaillierten Wahlprogramms, was bis zur nächsten LMV ausformuliert werden wird. Dieses Wahlprogramm wird sich an den Gegebenheiten in Berlin orientieren und erste, konkrete und machbare Schritte, dieses Grundsatzprogramm zu verwirklichen, aufzeigen und einfordern.

Pragmatische Suchtpolitik statt dogmatischer Drogenpolitik!

<https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/1033.html> (noch nicht abgestimmt)

Liquid Feedback

<https://lqpp.de/be/initiative/show/657.html> (nicht identisch mit diesem Antrag)

Ja:	82
Enthaltung:	5
Nein:	5

Angenommen

Konkurrenzanträge

P-AA #008 - Drogenpolitik

Drogenpolitisches Grundsatzprogramm - Seite 8

P-AA #036 – Drogen- und Suchtpolitik

Drogen- und suchtpolitisches Grundsatzprogramm – Seite 14

P-AA #008 - Drogenpolitik

Drogenpolitisches Grundsatzprogramm

Antragsteller: Georg von Boroviczeny

Antragstyp: Programmantrag

Einordnung: Grundsatzprogramm

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 Antrag

2 Folgender Text wird dem Grundsatzprogramm in ei-
3 nem Abschnitt „Drogenpolitik“ hinzugefügt:

4 Die Piratenpartei Berlin strebt eine rationale, an Tat-
5 sachen und nicht an Ideologien orientierte Drogenpo-
6 litik an. Dazu fordert sie die rein sachorientierte Be-
7 wertung aller Drogen und die Aufhebung der sachlich
8 nicht gerechtfertigten Unterscheidung zwischen lega-
9 len und illegalen Substanzen. Diese Differenzierung
10 kriminalisiert den mündigen Bürger und hindert ihn
11 an einer freien Wahl bezüglich seiner Rausch- und
12 Genussmittel. Ansatzweise, aber ungenügend, wird
13 dies für Alkohol, Nikotin und psychoaktive Medika-
14 mente schon versucht, indem diese Substanzen ent-
15 sprechend ihren Wirkungen und Gefahren bewertet
16 und daraus folgend Verordnungen und Gesetze ge-
17 schaffen werden; dies muss aber vollständig für alle
18 Drogen so geschehen.

19 Die Piratenpartei Berlin akzeptiert die Notwendigkeit
20 gesetzlicher Regelungen auch für den Drogenbe-
21 reich; Gesetze und Verordnungen dürfen dabei ledig-
22 lich zum Schutz des Einzelnen und der Gesellschaft
23 vor nachgewiesenen, ohne Regeln unabweisbaren
24 Gefahren dienen. Alle derzeit bestehenden Gesetze
25 und Verordnungen müssen unter diesen Vorausset-
26 zungen überprüft und gegebenenfalls geändert werden.

27 Prohibition ist kein erfolgversprechendes Mittel zur
28 Verringerung oder Ausschaltung drogenspezifischer
29 Probleme. Daher ist die prohibitive Gesetzgebung ab-
30 zuschaffen. Prohibition und Verbote sind ebenfalls
31 wenig geeignete Mittel zum Schutz von Kindern und
32 Jugendlichen bezüglich einer Gefährdung durch Dro-
33 gen. Wirksamer Kinder- und Jugendschutz besteht
34 vielmehr im verantwortlichen Handeln Erwachsener,
35 besonders der Eltern, und kontinuierlicher präventi-
36 ver Arbeit auf allen Ebenen öffentlich betriebener
37 oder finanzierter Einrichtungen im Bildungs- und Frei-
38 zeitbereich. Auch hier sind alle bestehenden Gesetze
39 auf den Prüfstand zu stellen und gegeben falls zu
40 streichen oder zu revidieren.

41 Die Piratenpartei spricht sich ausdrücklich für sinn-
42 volle und notwendige Gesetze und Verordnungen
43 zum Schutz von Kindern und Jugendlichen aus.

44 Freie Wahl eines Genussmittels gehören zu den na-
45 türlichen Rechten eines jeden erwachsenen Men-
46 schen. Damit ist auch das individuelle Risiko eines
47 Missbrauchs und einer Abhängigkeit verbunden.
48 Nach weitgehend übereinstimmender Ansicht in un-
49 serer Gesellschaft und erst recht nach wissenschaftli-
50 chen, medizinischen Erkenntnissen ist Abhängigkeit
51 eine Krankheit, die behandelt werden kann und soll,
52 nicht aber ein Verhalten, dass durch Verbote gebes-
53 sert oder verändert werden kann.

54 Kriminalisierung von Konsumenten und Abhängigen
55 ist für eine Verhaltensänderung kontraproduktiv und
56 ungeeignet. Erwünschte Verhaltensänderungen der
57 Mehrheit sind nur durch langfristige - auch politische
58 - Überzeugungsarbeit, bei Abhängigkeitserkrankun-
59 gen durch geeignete Therapien erreichbar

Begründung/Erläuterung

National wie international verbreitet sich die Erkenntnis, dass die derzeitige represive, einseitig auf Abstinenz abzielende Politik gescheitert ist. Dagegen stehen die massiven Gefahren und gesundheitlichen sowie sozialen Schäden der legalen Drogen Alkohol und Nikotin. Dazu treten verschiedene psychoaktive Substanzen, die als Medikamente teilweise unreflektiert im Übermaß verordnet oder sonst wie erlangt und missbräuchlich konsumiert werden.

Wir sehen im Recht zu einem verantwortungsvollen und selbstbestimmten Umgang mit Rausch- und Genussmittel ein wesentliches Element der persönlichen Freiheit. Ein einfacher und unzensurierter Zugriff auf alle notwendigen Informationen ist daher zu gewährleisten. Um das durchzusetzen bedarf die Partei auch eine drogenpolitischen Grundsatzprogramms.

Während international Drogenpolitik im Umbruch ist, betont auch auf europäischer Ebene, gibt es alleine in der BRD kaum Bewegung. Die zaghafte Bemühungen, etwas größere Mengen an an sich illegalen Drogen im Besitz von Konsumenten zu dulden (dabei aber immer noch Illegalität und Strafbarkeit anzudrohen), sind kein auch

nur ansatzweise ausreichender Schritt in eine neue, fortschrittliche Drogenpolitik. Ein sehr gutes Beispiel dafür, das unsere Forderungen auch international weite Verbreitung haben ist die aktuelle 'Wiener Erklärung' der 18. Internationalen Aids-Konferenz. (*)

Ein wirksamer und verantwortlicher Kinder- und Jugendschutz ist -auf gesellschaftlicher Ebene- nur in Verzahnung mit Bildungspolitik, Jugendförderung und maßvollen, überlegten Vorschriften zu erreichen. Diese dürfen die jugendliche Entwicklung nicht beeinträchtigen und sollen es den Verantwortlichen möglich machen, Kinder und Jugendliche beim Erwerb von Kenntnissen verantwortungsbewusst zu begleiten.

(*): Belege siehe weiter unten in den Ausführungen:

Für Fragen und die Debatte haben wir ein eigenes Pad eingerichtet [1].

Ausführungen:

Die folgenden Ausführungen verstehen sich als zusätzliche Informationen zum Antragstext. Sie sollen die naturgemäß eher knapp gehaltenen Aussagen in Programmen präzisieren.

Die AG Drogen wird diese Texte bis zum Programmparteitag weiter entwickeln und gleichzeitig aufkommende Fragen von Interessierten berücksichtigen.

Für Deutschland gibt es keine gewachsene oder belegte Abstinenz- und Prohibitions-geschichte. Dem Opiumgesetz und dem BtMG liegen von außen übernommene Vorstellungen zu Grunde. Bis 1929 waren alle bis dahin bekannten Drogen frei verfügbar. Eine wesentliche Drogenproblematik gab es nicht, auch wenn Abhängigkeit als Erscheinungsform eines missbräuchlichen Drogenkonsums bekannt war. Ausnahme war und ist nach wie vor Alkohol.

Entgegen den vordergründig vorgebrachten religiös-moralischen Begründungen war und ist die Ursache der Prohibition in wirtschaftlichen Erwägungen zu suchen. Diese Argumente widersprechen den Grundüberzeugungen der PIRATENPARTEI und haben nachweislich nur negative Auswirkungen auf unsere Gesellschaft.

Immer wieder wird argumentiert, Verbote seien notwendig, insbesondere um Kinder und Jugendliche vor den Gefahren eines Drogenkonsums zu schützen. Diese Standardargumentation wird tagtäglich durch die ständige Verfügbarkeit aller Substanzen auch für Kinder und Jugendliche widerlegt.

Einzigste Nutznießer eine Prohibition sind die organisierte Kriminalität und/oder gewalttätige, politisch extremistische Gruppierungen. Geschädigt werden die 'Endverbraucher', besonders Drogenabhängige, die zur Finanzierung ihrer Krankheit, bzw. ihres Drogenkonsums zu Dealern werden müssen; die Allgemeinheit wird sowohl durch die Beschaffungskriminalität, als auch durch die Kosten der Kriminalisierung (Polizei, Justiz, Strafvollzug) belastet, ohne erkennbaren Nutzen.

Eine kontrollierte Freigabe aller Drogen würde diese Probleme beheben, zumindest drastisch verringern.

Eine Drogenpolitik, die an der Realität und nicht an irgendwelchen Ideologien orientiert ist, liegt sowohl im Interesse der PIRATENPARTEI Deutschland, als auch entspricht eine solche ihren Grundüberzeugungen. Daher muss es auch ein Element des Grundsatzprogramms sein.

Gesetze und Regelungen:

Gesetzliche Regelungen und Verordnungen sind auch bei einer Freigabe von Rauschmitteln und Drogen notwendig: dass die Teilnahme am Straßenverkehr unter Drogeneinfluss verboten bleiben muss, ist klar, ebenso das Verbot, gefahrgeneigte Arbeiten unter Drogeneinfluss zu tätigen; es bedarf auch Gesetze und Verordnungen zum Schutz der Verbraucher. Die entsprechenden Gesetze ect. müssen angepasst werden, ebenso die über Anbau, Produktion und Vertrieb. Zu diskutieren ist auch, ob es auch besonderer Gesetze und Verordnungen in Drogenbereich bedarf, beispielsweise für Konsumräume.

Es gibt wegen der jahrzehntelangen Illegalisierung der meisten Drogen dazu keine heutigen Standards genügenden Untersuchungen bezüglich der von diesen Drogen ausgehenden Gefahren. Es ist z.B. nicht untersucht, wie lange nach dem Konsum noch (Nach)Wirkungen bestehen, die im Straßenverkehr oder sonstigen gefahrgeneigten Tätigkeiten zu Risiken führen. Dagegen können heute fast alle Drogen einfach nachgewiesen werden, auch Tage und Wochen nach dem Konsum. Daraus erwachsen heute Konsumenten Nachteile (Führerscheinentzug), gegen die es schwer ist, sich zu wehren, ohne dass dafür wirkliche Nachweise gäbe, wie das bei der legalen Droge Alkohol der Fall ist.

Die genaue Ausgestaltung aller hier benannten Themen und Positionen ist nicht Thema eines Grundsatzprogramms, sondern ist an anderer Stelle zu leisten und zu veröffentlichen.

Zum Nachlesen (ausführlicher zu den oben genannten Positionen und Begründungen) Die aktuelle 'Wiener Erklärung' der 18. Internationalen Aids-Konferenz [2]. Zitat aus dieser Erklärung, wesentliche Aussagen: Wir, die Unterzeichner, fordern Regierungen und internationale Organisationen, einschließlich der Vereinten Nationen, dazu auf:

1. eine transparente Überprüfung der Wirksamkeit der derzeitigen Drogenpolitik durchzuführen.
2. einen wissenschaftlich fundierten gesundheitspolitischen Ansatz umzusetzen und zu evaluieren, der den individuellen und gemeinschaftlichen Schäden durch illegalen Drogenkonsum wirksam begegnet.
3. Drogenkonsumenten zu entkriminalisieren, mehr Möglichkeiten evidenzbasierter Behandlung von Drogenabhängigkeit zu schaffen sowie erfolglose Behandlungszentren zu schließen, in denen Drogenabhängige zwangstherapiert werden und die gegen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verstoßen.
4. die Finanzierung für die Umsetzung des umfassenden Pakets von HIV-Interventionen aus dem Zielsetzungshandbuch von WHO, UNODC und UNAIDS eindeutig zu befürworten und auszuweiten.
5. die betroffenen Kommunen sinnvoll in die Entwicklung, Überwachung und Durchführung von Dienstleistungen und politischen Maßnahmen, die das Leben der Menschen vor Ort beeinflussen, einzubinden

Das fordert (aus anderen Gründen, HIV) im Wesentlichen das Gleiche, wie hier im Programm vorgesehen.

Für die Bundesrepublik kommen gleiche Aussagen vom „Schildower Kreis“.

"Wir wollen auf die schädlichen Folgen der Drogenprohibition aufmerksam machen und legale Alternativen zur repressiven Drogenpolitik aufzeigen. Wir fordern von den Verantwortlichen eine alternative Drogenpolitik und eine ideologiefreie und wissenschaftliche Überprüfung von Schaden und Nutzen der aktuellen Drogenpolitik. Unsere Forderungen haben wir in einem Manifest niedergeschrieben". [3]

[1] <http://drogenpolitik.piratenpad.de/6>

[2] [http://www.scharf-links.de/41.0.html?&tx_ttnews\[tt_news\]=12065&tx_ttnews\[backPid\]=56&cHash=14f57c7a64](http://www.scharf-links.de/41.0.html?&tx_ttnews[tt_news]=12065&tx_ttnews[backPid]=56&cHash=14f57c7a64)

[3] <http://www.schildower-kreis.de/>

<https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/1031.html> (noch nicht abgestimmt)

Liquid Feedback

Keine Initiative bekannt.

Konkurrenzanträge

P-AA #001 - Suchtpolitik

Suchtpolitisches Grundsatzprogramm – Seite 5

P-AA #036 – Drogen- und Suchtpolitik

Drogen- und suchtpolitisches Grundsatzprogramm – Seite 14

P-AA #036 – Drogen- und Suchtpolitik

Drogen- und suchtpolitisches Grundsatzprogramm

Antragsteller: Florian Lange, Kevin Niehage, Sebastian Kirste, Torben Diegel
Antragstyp: Programmantrag
Einordnung: Grundsatzprogramm

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 Antrag

2 Folgender Text wird dem Grundsatzprogramm in ei-
3 nem Abschnitt „Drogenpolitik“ hinzugefügt:

4 Von Alters her ist der Konsum von bewusstseinsver-
5 ändernden Substanzen Bestandteil fast jeder Kultur.
6 Diese Tatsache erfordert es, sich vorurteilsfrei mit
7 diesen Stoffen und den Folgen deren Konsums aus-
8 einander zu setzen.

9 Deshalb fordert die Piratenpartei Berlin eine rein sa-
10 chororientierte, vorurteilsfreie Bewertung aller Drogen
11 und eine darauf basierende erneute Klassifizierung
12 der einzelnen Substanzen.

13 Wir sehen ebenfalls eine Notwendigkeit für gesetzli-
14 che Regelungen, durch die der Schutz des Einzelnen
15 und der Gesellschaft vor nachgewiesenen Gefahren
16 gewährleistet werden muss. Die bereits bestehenden
17 Gesetze müssen jedoch unter Berücksichtigung der
18 neu eingeordneten Substanzen überprüft und gege-
19 benenfalls angepasst werden.

Landesmitgliederversammlung 2010.2
23./24. Oktober 2010

20 Folgender Text wird dem Grundsatzprogramm in ei-
21 nem Abschnitt „Suchtpolitik“ nach dem Abschnitt
22 „Drogenpolitik“ hinzugefügt:

23 Die Piratenpartei Berlin ist der Überzeugung, dass
24 neben der Neueinordnung der bewusstseinsverän-
25 dernden Substanzen auch die Reorganisation der
26 Suchtbetreuung und der Suchtprävention ein wichti-
27 ges Thema ist. Dies beinhaltet die umfassende, wert-
28 freie und frühzeitige Aufklärung zum Themenkom-
29 plex „Sucht und Drogen“, den Schutz von Nichtkon-
30 sumenten, sowie Hilfestellungen für Risikokonsumen-
31 ten und Abhängige. Gesetzliche Vorgaben und staat-
32 liche Hilfsangebote können jedoch lediglich einen Teil
33 der notwendigen Sicherung und Aufklärung leisten.
34 Daher ist es wichtig, dass das verantwortungsvolle
35 Handeln der Erwachsenen und die gesamtgesell-
36 schaftliche Suchtaufklärung aktiv gefördert werden.

37 Langfristiges Ziel ist der aufgeklärte, mündige Bür-
38 ger, der selbstständig und gut informiert über seinen
39 Konsum entscheiden kann.

Begründung/Erläuterung

Zuerst einmal war es uns wichtig, die Begrifflichkeiten "Drogenpolitik" und "Suchtpolitik" inhaltlich zu unterscheiden. Während Drogenpolitik für uns der Umgang mit den bewusstseinsverändernden Substanzen ist, behandelt die Suchtpolitik direkt die Probleme und Gefahren, die beim unsachgerechten Konsum von Drogen auftreten können. Darüber hinaus sind wir zu der Überzeugung gekommen, dass alle bisher als Betäubungsmittel eingestuften Substanzen einer erneuten Klassifizierung bedürfen, die nicht auf voreingenommenen - teils politischen[1] - Entscheidungen beruht, sondern rein nach wissenschaftlichen Kriterien die Gefährlichkeit (und damit Konsumtauglichkeit) der einzelnen Stoffe bewertet. Dadurch, dass einige bisher als Be-

täubungsmittel verbotene Substanzen nach der Neueinordnung potentiell legal erhältlich sein werden, ist es natürlich nötig, die bisherigen Gesetze bezüglich Rauschmittelgenuss im Hinblick auf die neu erhältlichen Rauschmittel zu überarbeiten. Im Bereich der Suchtpolitik sprechen wir uns dafür aus, dass die Themen Drogen und Sucht mehr in den Alltag rücken. Dies wäre bei einer Legalisierung bisher verbotener Substanzen sehr wichtig, da bisher keine differenzierte, öffentliche Aufklärung über den Konsum (bisher verbotener) Drogen stattfindet.

[1] siehe http://de.wikipedia.org/wiki/Internationale_Opiumkonferenz

Liquid Feedback

Keine Initiative bekannt.

Konkurrenzanträge

P-AA #001 - Suchtpolitik

Suchtpolitisches Grundsatzprogramm – Seite 5

P-AA #008 - Drogenpolitik

Drogenpolitisches Grundsatzprogramm - Seite 8

P-AB #004 – Mehr Demokratie

Mehr Demokratie wagen

Antragsteller: Eberhard Zastra
Antragstyp: Programmantrag
Einordnung: Grundsatzprogramm

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 **Antrag**

2 Die Landesmitgliederversammlung des LV Berlin
3 möge für das neue Grundsatzprogramm folgenden
4 Absatz beschließen:

5 ***Mehr Demokratie wagen***

6 „*Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.*“ Die Legiti-
7 mation allen staatlichen Handelns ergibt sich aus den
8 Wahlen und Abstimmungen der Bürger. Das gilt di-
9 rekt für die Legislative, es gilt indirekt für die Exekuti-
10 ve. Die Möglichkeiten für den Bürger, auf die Gestal-
11 tung der Politik Einfluss zu nehmen, sind in Berlin al-
12 lerdings viel zu gering. Notwendig ist daher „*mehr*
13 *Demokratie zu wagen*“.

14 **Mehr Demokratie beim Wählen** setzt mehr Ein-
15 fluss auf die personale Zusammensetzung der Vertre-
16 tungskörperschaften voraus. Sie setzt außerdem vor-
17 aus, dass die Wahlentscheidung nicht von vornherein
18 taktischen Erwägungen unterworfen wird. Erhält der
19 Wähler die Möglichkeit, mehrere Stimmen auf einen

20 Kandidaten vergeben zu können (Kumulieren) oder
21 Kandidaten verschiedener Parteien gleichzeitig wäh-
22 len zu können (Panaschieren), dann steigert sich so
23 der direkte Einfluss auf die Zusammensetzung der
24 Vertretungskörperschaften. Stimmhürden dürfen
25 nicht davon abhalten, die Stimme für neue oder klei-
26 ne Parteien abzugeben, zusätzlich zur Hürde ist da-
27 her ein Verfahren zu schaffen, auch die Stimmen von
28 Wählern in die Vergabe der Parlamentsmandate ein-
29 zubeziehen, deren vorrangige Parteiauswahl an der
30 Stimmhürde scheitert (Ersatzstimmen).

31 **Demokratie bezieht alle ein:** Allen Menschen, die
32 ihren Lebensmittelpunkt in Berlin haben, ist die Gele-
33 genheit für demokratische Mitbestimmung in der
34 städtischen Politik zu eröffnen. Dafür ist ein zeitge-
35 rechtes Staatsangehörigkeitsrecht erforderlich, das
36 auch ein uneingeschränktes Recht zum Erwerb der
37 Staatsangehörigkeit durch Geburt im Staatsgebiet
38 vorsieht. Darüber hinaus setzen wir uns für ein be-
39 zirkliches Wahlrecht ein, das die EU-Staatsangehörig-
40 keit nicht voraussetzt.

41 **Mehr Demokratie durch Dezentralisierung:** Ber-
42 lin ist groß genug, um unterschiedliche Lösungen für
43 politische Probleme in den einzelnen Bezirken zu er-
44 tragen. Deshalb setzen sich die Piraten dafür ein,

45 den Bezirken echte und eigene Entscheidungskom-
46 petenzen zu sichern. Die Möglichkeiten der Senats-
47 verwaltungen, in die Bezirke hineinzuregieren, wollen
48 wir verringern.

49 **Mehr Demokratie durch direkte Demokratie:**

50 Auch für direktdemokratische Initiativen ist ein grö-
51 ßeres Maß an Verbindlichkeit gesetzlich zu veran-
52 kern. Die bereits bewährten Möglichkeiten eines elek-
53 tronischen Petitionswesens sollen auch für Berlin ein-
54 geführt werden. Neue Formen der Bürgerbeteiligung
55 mit Hilfe von elektronischen Interaktionsformen sind
56 zu entwickeln und zu erproben.

Begründung/Erläuterung

Es gibt einen weiteren auf diesem Antrag aufbauenden Antrag für das Wahlprogramm, der in der gleichen LQFB-Initiative beschlossen wurde.

Der Antrag kann den gesamten Abschnitt „Mehr Demokratie“ des Berliner Programms ersetzen. Die konkreten Forderungen dieses Abschnitts sind fast vollständig Bestandteil des ergänzenden Antrags für das Wahlprogramm, der separat eingereicht wird. Die Unterschiede werden dort erläutert.

Der Antrag ist kompatibel zum zweiten Absatz im Abschnitt „Mehr Demokratie wagen“ des Parteiprogramms der Piratenpartei Deutschland, ist aber ausführlicher. Er bezieht sich darüber hinaus konkret auf die Situation im Land Berlin.

Liquid Feedback

<https://lqpp.de/be/initiative/show/851.html>

Ja: **72**
Enthaltung: **22**
Nein: **4**

Angenommen

Konkurrenzanträge

P-AB #013 – Mehr Demokratie

Mehr Demokratie wagen (Alternative) – Seite 20

P-AB #013 – Mehr Demokratie

Mehr Demokratie wagen (Alternative)

Antragsteller: Simon Weiß
Antragstyp: Programmantrag
Einordnung: Grundsatzprogramm

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 **Antrag**

2 Folgender Text wird dem Grundsatzprogramm in ei-
3 nem Abschnitt „Mehr Demokratie wagen“ hinzuge-
4 fügt:

5 Wir sehen in der demokratischen Beteiligung, also
6 der Einflussnahme des Einzelnen auf die Gestaltung
7 der Politik und politische Entscheidungen, mehr als
8 einen bloßen Kontrollmechanismus. Vielmehr ist sie
9 für uns ein Grundrecht, das jedem Menschen zusteht.

10 Die Möglichkeiten, die in Berlin dazu zur Zeit beste-
11 hen, bleiben weit hinter dem zurück was wir für mög-
12 lich halten.

13 Ein Wähler, dessen Entscheidung tatsächlich frei sein
14 soll, darf seine Wahl nicht darauf reduziert sehen,
15 sich für das geringste einer Reihe von Übeln zu ent-
16 scheiden. Niemand sollte seine Stimme "verschen-
17 ken" müssen, daher sollten für die Wahlen der Be-
18 zirksverordneten und Abgeordneten der Abbau von
19 Stimmhürden und die Möglichkeit einer Präferenzan-
20 gabe in der Wahlentscheidung geprüft werden. Der

21 Einfluss auf die Zusammensetzung der Parlamente,
22 der durch die Wahl zwischen starren Parteilisten be-
23 steht, ist nicht ausreichend. Die an vielen anderen
24 Orten bereits umgesetzten Methoden zur flexibleren
25 Stimmabgabe („Kumulieren und Panaschieren“) kön-
26 nen das ändern.

27 Entscheidungen sollten immer auf der untersten und
28 somit am leichtesten erreichbaren Ebene gefällt wer-
29 den, auf der dies praktisch möglich ist. In einer
30 großen und vielfältigen Stadt wie Berlin kann vieles
31 in den Bezirken entschieden werden und erfordert
32 keine einheitliche Regelung durch den Senat. Die
33 Entscheidungskompetenzen der Bezirke, speziell der
34 Bezirksverordnetenversammlungen, sind zu stärken.
35 Dabei soll auch dem direktdemokratischen Mittel der
36 Volksentscheide mehr Verbindlichkeit gegeben wer-
37 den.

38 Die Beteiligung an demokratischen Entscheidungen
39 ist kein Privileg: Sie ist das Recht aller, die von ihren
40 Folgen betroffen sind. Wir fordern daher, dass die
41 Möglichkeiten dazu so wenig wie möglich durch letzt-
42 endlich willkürliche Kriterien wie Staatsbürgerschaft
43 oder Alter eingeschränkt werden. Das schließt auch
44 die Teilnahme an Wahlen ein.

45 Durch neue technische Entwicklungen erschließen
46 sich Möglichkeiten der Beteiligung, die bisher nicht
47 denkbar waren. Die automatische Informationsverar-
48 beitung und gleichberechtigte, verzögerungsfreie
49 Kommunikation, die in elektronischen Systemen um-
50 gesetzt werden kann, erlaubt es uns über die Mittel
51 zum Aufbau einer neuen, partizipativen Form der De-
52 mokratie nachzudenken, sowohl zur Stärkung direk-
53 ter Einflussnahme durch den Einzelnen als auch zur
54 Öffnung der Entscheidungsprozesse von Vertretern.
55 Auch wenn wir erst am Anfang einer solchen Ent-
56 wicklung stehen, können wir jetzt schon die ersten
57 Schritte gehen.

Begründung/Erläuterung

Ein Mehr an Demokratie ist eine der Kernforderungen der Piratenpartei und als solche sowohl im Parteiprogramm auf Bundesebene als auch im jetzigen Berliner Programm enthalten. Der Antrag greift im Wesentlichen Forderungen aus dem derzeitigen Berliner Programm, Konkurrenzansätzen und erfolgreichen LiquidFeedback-Initiativen auf (s.u.) und versucht sie in möglichst allgemeiner Form zu begründen, um der Form eines Grundsatzprogramms Genüge zu tun.

Zu den inhaltlichen Punkten im Einzelnen:

-Flexiblere Stimmabgabe etc.: Entspricht mehreren Forderungen des derzeitigen Berliner Programms und des in LF erfolgreichen Antrags #004

-Dezentralisierung/Volksentscheide: Entspricht der Forderung der mit großer Mehrheit angenommenen LF-Initiative 460 [1] ("Unterstützung der Kampagne für verbindliche Bürgerentscheide von Mehr Demokratie Berlin"), auch im Antrag #004 enthalten

-Beteiligung: Entspricht Forderungen des derzeitigen Berliner Programms (Ausländerwahlrecht, Wahlalter 16), die auch durch Initiativen in LF bestätigt wurden (Ausländerwahlrecht: [2], Wahlalter 14: [3]). Auch davon abweichende Forderungen wie die Abschaffung des Wahlalters oder ein nur eingeschränktes Ausländerwahlrecht bei Reform des Staatsbürgerschaftsrechts werden durch die allgemeine Formulierung noch abgedeckt.

-Partizipation: Entspricht Forderungen aus dem Antrag #004, auch im Sinne des Parteiprogramms auf Bundesebene

Der Antrag wurde im Berliner LiquidFeedback abgestimmt ([4]) und erhielt dort bei einer Mehrheit von 77:7 den zweiten Platz (durch drei Stimmen Unterschied in der Präferenzangabe).

[1] <https://lqpp.de/be/initiative/show/460.html>

[2] <https://lqpp.de/be/initiative/show/49.html>

[3] <https://lqpp.de/be/initiative/show/62.html>

[4] <https://lqpp.de/be/initiative/show/857.html>

Liquid Feedback

<https://lqpp.de/be/initiative/show/857.html>

Ja: **77**

Enthaltung: **14**

Nein: **7**

Nicht angenommen (Rang 2)

Konkurrenzanträge

P-AB #004 – Mehr Demokratie

Mehr Demokratie wagen – Seite 17

P-AC #012 – Bürgerdemokratie

Präambel: Bürgerdemokratie

Antragsteller: Stefan Gerecke, Michael Hartung, Dietmar Strauch,
Kathi Woitas
Antragstyp: Programmantrag
Einordnung: Grundsatzprogramm

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 ***Antrag***

2 Die Landesmitgliederversammlung des LV Berlin
3 möge für das Grundsatzprogramm folgenden einlei-
4 tenden Absatz beschließen:

5 ***Berlin braucht mehr Demokratie!***

6 Für die Berliner Piraten stehen alle Menschen als Bür-
7 ger im Zentrum des gesellschaftlichen Prozesses.
8 Ihre politische Beteiligung und ihr bürgerschaftliches
9 Engagement zu stärken, ist unser vorrangiges Ziel.
10 Aus diesem Grund geben wir uns mit dem gegenwär-
11 tigen Zustand der Demokratie in Deutschland und
12 Berlin nicht zufrieden. Die Erstarrung zu einer Partei-
13 endemokratie behindert nicht nur die Sachpolitik,
14 sondern führt vermehrt zu einem Zweifel an der Sou-
15 veränität des Volkes Für uns bedeutet Demokratie
16 nicht von oben gewährte, sporadische Mitbestim-

17 mung, sondern die alltägliche politische Einflussnah-
18 me aller Menschen. Die Verwirklichung einer solchen
19 Bürgerdemokratie stellt für die Piraten die zentrale
20 Aufgabe für die Zukunft dar.

21 Angesichts eklatanter Demokratiedefizite und der
22 Ohnmacht der Menschen gegenüber Regierung und
23 Verwaltung sehen die Berliner Piraten dringenden
24 Handlungsbedarf. Repräsentative Gremien in den Be-
25 zirken und direktdemokratische Entscheidungen auf
26 allen politischen Ebenen müssen mit echter politi-
27 scher Macht ausgestattet werden. Menschen, die ih-
28 ren Lebensmittelpunkt in Berlin haben, dürfen nicht
29 nur Pflichten, sondern müssen auch alle Rechte von
30 Bürgern erhalten. Voraussetzung dafür sind Offenheit
31 und Verpflichtung von Politik und Verwaltung gegen-
32 über allen Berlinern als auch den von ihnen getrage-
33 nen zivilgesellschaftlichen Strukturen.

Begründung/Erläuterung

Keine Begründung/Erläuterung

Liquid Feedback

<https://lqpp.de/be/initiative/show/804.html>

Ja: **79**
Enthaltung: **10**
Nein: **17**

Angenommen

Konkurrenzanträge

Derzeit keine bekannt.

P-AD #005 – Mehr Demokratie

Mehr Demokratie wagen - fürs Wahlprogramm

Antragsteller: Eberhard Zastrau

Antragstyp: Programmantrag

Einordnung: Wahlprogramm

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 **Antrag**

2 Ergänzend möge als Beschlussvorlage zur Vorberei-
3 tung des Wahlprogramms beschlossen werden:

4 Vorschlag zur Aufnahme in das Wahlprogramm

5 ***Mehr Demokratie wagen***

6 Die Möglichkeiten für den Bürger, auf die Gestaltung
7 der Politik Einfluss zu nehmen, sind in Berlin weiter-
8 hin viel zu gering. Das betrifft sowohl den Einfluss
9 auf die personale Zusammensetzung der Vertre-
10 tungskörperschaften als auch die bestehenden ge-
11 setzlichen Einschränkungen für Bürger- und Volksent-
12 scheid. Ein zusätzliches Hemmnis ergibt sich aus
13 der verfassungsrechtlichen Beschränkung der Bezir-
14 ke, die kaum eigene Entscheidungsbefugnisse haben
15 und unter der ständigen Bedrohung agieren, ihre An-
16 gelegenheiten könnten von den Senatsverwaltungen
17 auf die Berliner Entscheidungsebene gezogen und
18 damit der bezirklichen Selbstverwaltung entzogen
19 werden.

20 Deshalb setzen sich die Piraten dafür ein, mehr De-
21 mokratie zu wagen. Das bezieht sich vor allem auf
22 die folgenden Themen:

23 **1. Mehr Demokratie beim Wählen**

24 Dem Bürger steht es zu, mehr Einfluss auf die perso-
25 nale Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses
26 und der Bezirksverordnetenversammlungen zu be-
27 kommen. Das lässt sich durchaus einfach und prakti-
28 kabel dadurch realisieren, dass die Wähler mehrere
29 Stimmen auf einen Kandidaten vergeben können (Ku-
30 mulieren) oder Kandidaten verschiedener Parteien
31 gleichzeitig wählen können (Panaschieren). Das neue
32 Wahlrecht ist auch dadurch zu ergänzen, dass für
33 den Fall des Scheiterns der eigentlich bevorzugten
34 Partei an der Prozenzhürde "Ersatzstimmen" dafür
35 sorgen, dass die Stimme nicht verfällt, sondern für
36 die Verteilung der Mandate wirksam bleibt.

37 **2. Stimmhürden für Abgeordnetenhaus und**
38 **Bezirksverordnetenversammlungen**

39 Die Stimmhürde für die Bezirksverordnetenversamm-
40 lungen ist abzuschaffen. Jede Stimme muss mit glei-
41 chem Gewicht bei der Verteilung der Sitze berück-
42 sichtigt werden. Die Zahl der Sitze in den Bezirksver-

43 ordnetenversammlungen rechtfertigen auch für die
44 praktische Arbeit keine Hürde. Für die Wahlen zum
45 Abgeordnetenhaus ist die Stimmhürde auf 3% zu
46 senken.

47 **3. Demokratie bezieht alle ein**

48 Alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Berlin
49 haben, haben das Recht, die städtische Politik mitzu-
50 bestimmen. Die bestehenden Hürden, die dem durch
51 das veraltete Staatsangehörigkeitsrecht entgegen-
52 stehen, sind aufzuheben. Wir werden uns daher da-
53 für einsetzen, über den Bundesrat die Chancen zum
54 Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit für Mi-
55 granten wesentlich zu erleichtern und für Menschen,
56 die hier geboren werden, eine gesicherte deutsche
57 Staatsangehörigkeit zu schaffen. Die bisherige Be-
58 schränkung des bezirklichen Wahlrechts auf Angehö-
59 rige von EU-Staaten ist aufzuheben. Auch dafür ist
60 eine Initiative im Bundesrat erforderlich.

61 **4. Stärkung der Bezirke**

62 Berlin ist groß genug, um unterschiedliche Lösungen
63 für politische Probleme in den einzelnen Bezirken zu
64 ertragen. Es ist nicht erforderlich, dass zwangsweise
65 alle Entscheidungen durch den Senat (Hauptverwal-
66 tung) auf ein einheitliches Niveau gestutzt werden.
67 Unterschiedliche Regelungen in den Bezirken können
68 auch dazu beitragen, dass die Bezirke für Bürger ein

69 größeres Maß an Attraktivität entwickeln, etwa durch
70 besonderes Engagement bei der Pflege der Grünan-
71 lagen oder durch ein besonders engagiertes Be-
72 zirksamt, das Bürgern schnell und mit attraktiven
73 Öffnungszeiten zur Seite steht.

74 Deshalb sind im Bezirksverwaltungsgesetz und ins-
75 besondere im Allgemeinen Zuständigkeitsgesetz
76 mehr Entscheidungskompetenzen für die Bezirke vor-
77 zusehen und die Eintrittsrechte für die Hauptverwal-
78 tung zu beschränken. Zugleich sind die auf Bezirk-
79 sebene zustande kommenden Entscheidungen zu
80 stärken, den Bezirksverordnetenversammlungen
81 kommt ein eigenes Entscheidungsrecht zu, sie dürfen
82 nicht länger auf "Empfehlungen und Ersuchen" be-
83 grenzt sein.

84 **5. Mehr Verbindlichkeit für**
85 ***direktdemokratische Initiativen***

86 Auch für direktdemokratische Initiativen ist ein grö-
87 ßeres Maß an Verbindlichkeit gesetzlich zu veran-
88 kern. Die bereits bewährten Möglichkeiten eines elek-
89 tronischen Petitionswesens sollen auch für Berlin ein-
90 geführt werden. Neue Formen der Bürgerbeteiligung
91 mit Hilfe von elektronischen Interaktionsformen sind
92 zu entwickeln und zu erproben.

Begründung/Erläuterung

Es gibt einen weiteren auf diesem Antrag aufbauenden Antrag für das Grundsatzprogramm, der in der gleichen LQFB-Initiative beschlossen wurde.

Der Antrag kann den gesamten Abschnitt „Mehr Demokratie“ des Berliner Programms für ein Wahlprogramm ersetzen. Die konkreten Forderungen dieses Abschnitts sind fast vollständig Bestandteil des ergänzenden Antrags für das Wahlprogramm, der separat eingereicht wird.

Unterschiede bestehen darin, dass die im Berliner Programm enthaltene Forderung nach einem Wahlrecht für Ausländer hier nicht enthalten ist (dazu ausführliche Diskussion im Zuge der Debatte um die LQFB-Initiativen, s.dort). Auch ist hier eine Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre nicht explizit erwähnt. Zu diesem Thema gab es eine separate LQFB-Initiative zur Senkung des Wahlalters auf 14 Jahre, die sicher unabhängig eingereicht wird.

Der Antrag ist kompatibel zum zweiten Absatz im Abschnitt „Mehr Demokratie wagen“ des Parteiprogramms der Piratenpartei Deutschland, ist aber ausführlicher. Er bezieht sich darüber hinaus konkret auf die Situation im Land Berlin.

Liquid Feedback

<https://lqpp.de/be/initiative/show/851.html>

Ja:	72
Enthaltung:	22
Nein:	4

Angenommen

Konkurrenzanträge

Derzeit keine bekannt.

P-AE #011 - Verwaltung

Für eine transparente Politik und Verwaltung

Antragsteller: Kathi Woitas, Stefan Gerecke, Michael Hartung,
Dietmar Strauch

Antragstyp: Programmantrag

Einordnung: Grundsatzprogramm

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 **Antrag**

2 Die Landesmitgliederversammlung des LV Berlin
3 möge für das Grundsatzprogramm folgenden Absatz
4 beschließen:

5 ***Für eine transparente Politik und Verwaltung***

6 Demokratie steht und fällt mit der Möglichkeit der
7 Bürger, sich frei zu informieren, politische Arbeit zu
8 prüfen und sich auf dieser Grundlage aktiv am demo-
9 kratischen Prozess zu beteiligen. Ebenso können ste-
10 te Verbesserungen der administrativen Prozesse nur
11 angeregt und eingefordert werden, wenn diese ge-
12 genüber dem Bürger transparent und verpflichtend
13 verlaufen. Die Einsicht in die Arbeit von Politik und
14 Verwaltung ist ein fundamentales Bürgerrecht, das
15 auch zum Funktionieren dieser Institutionen durchge-
16 setzt werden muss.

17 Im Gegensatz dazu untergräbt der bisher praktizierte
18 Geheimhaltungsgrundsatz die demokratische Kon-
19 trolle und Legitimation, erschwert notwendige Kritik
20 und leistet Filz und Korruption Vorschub. Die Piraten
21 schlagen daher einen grundsätzlichen Wechsel zum
22 Prinzip der größtmöglichen Öffentlichkeit von Politik
23 und Verwaltung vor. Dies schließt eine allgemeine
24 Veröffentlichungspflicht von Aufgabenübertragungen
25 und Verträgen mit privaten und öffentlichen Unter-
26 nehmen, gerade in Bereichen der Daseinsvorsorge,
27 ausdrücklich mit ein. Die Piraten meinen, dass eine
28 Reformierung des Informationsfreiheitsgesetzes mit
29 Prüfung der Bereichsausnahmen und Schaffung der
30 Gebührenfreiheit nur ein Anfang sein kann. Vielmehr
31 müssen Politik und Verwaltung zur unaufgeforderten,
32 öffentlichen Information der Bürger in den sie betref-
33 fenden Belangen verpflichtet werden.

34 Elektronische Technologien ermöglichen heute prinzi-
35 piell die strukturierte Veröffentlichung aller Daten,
36 Dokumente und Prozesse, die in Regierung und Ad-
37 ministration erarbeitet werden. Diese müssen durch
38 einfach nutzbare Strukturen erschlossen werden, die
39 jedem Bürger zeitnah und auf Wegen seiner Wahl
40 den Zugriff auf benötigte Informationen ermöglichen.

Begründung/Erläuterung

Im Vergleich zur abgestimmten Liquid Feedback Initiative wurde eine kleine Ände-
rung gemäß <https://lqpp.de/be/suggestion/show/978.html> eingefügt.

Liquid Feedback

<https://lqpp.de/be/initiative/show/805.html> (nicht identisch mit diesem Antrag)

Ja: **83**

Enthaltung: **1**

Nein: **18**

Angenommen

Konkurrenzanträge

Derzeit keine bekannt.

P-AF #019 - Fluglärm

Fluglärminitiative

Antragsteller: Georg von Boroviczeny

Antragstyp: Programmantrag

Einordnung: Wahlprogramm

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 Antrag

2 Folgender Text soll in das Wahlprogramm aufgenom-
3 men werden:

4 Die Piratenpartei Berlin fordert die Landesregierung
5 auf, ihre Verantwortung für die Gesundheit der Bevöl-
6 kerung wahrzunehmen und insbesondere deren Be-
7 lastungen durch den neuen Flughafen BBI so weit
8 wie nur möglich zu minimieren. Dazu sollen die Start-
9 und Landegebühren nach der von den jeweiligen
10 Flugzeugen ausgehenden Lärm- und Umweltbelas-
11 tungen progressiv gestaffelt werden. Nur Flugzeuge,
12 deren Emissionen dem jeweils möglichen Stand der
13 Technik entsprechen, erhalten die günstigsten Ge-
14 bührensätze.

Begründung/Erläuterung

Verschiedene Gruppierungen und Parteien im Berliner Süden sowie den Umlandgemeinden versuchen, die Lärmbelastung durch Einflussnahme auf die Flugrouten zu verringern oder auszuschalten. Diese Bemühungen wären auch seitens der Partei zu unterstützen, stellen aber dann die Partei in eine Reihe unter vielen. Die wirtschaftliche Herangehensweise an die Problematik ist so noch nirgends gefordert. Dabei ist diese geeignet, die Fluggesellschaften zu veranlassen, überflüssige Flüge, insbesondere mit umweltnegativem Fluggerät, weitgehend zu vermeiden und so die Bevölkerung zu entlasten. Die Fokussierung auf den jeweiligen Stand der Technik hält den

Antrag langfristig aktuell. Ähnliche Gebühren werden anderswo auch diskutiert oder bereits angewandt, daher ist dadurch für den BBI nicht mit wesentlichen wirtschaftlichen Nachteilen zu rechnen. Für die Piratenpartei Brandenburg wäre ein gleicher Antrag auch von Interesse; beide Landesregierungen haben wesentliche Stimmrechte am Flughafen und dessen Betrieb.

Liquid Feedback

<https://lqpp.de/be/initiative/show/912.html> (noch nicht abgestimmt)

Konkurrenzanträge

Derzeit keine bekannt.

P-AG #018 - Ladenschluss

Ladenschluss

Antragsteller: Georg von Boroviczeny

Antragstyp: Programmantrag

Einordnung: Wahlprogramm

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 **Antrag**

- 2 Folgender Text soll in das Wahlprogramm aufgenom-
3 men werden:
4 Die Piratenpartei soll eine Initiative zur Abschaffung
5 des Ladenschlusses starten.

Begründung/Erläuterung

es gibt eigentlich gar keinen Grund/Berechtigung, staatlicherseits Vorschriften über Ladenöffnungszeiten zu erlassen. Weltweit gibt es die unterschiedlichsten Regeln, oft (auch in Europa) keinerlei Einschränkungen.

Gegen liberale oder keine Regeln stimmen die Kirchen (ich glaube, dass aktive Christen inzwischen eine deutliche Minderheit sind!) und die Gewerkschaften; die Kirchen können sich m.E. nicht auf religiöse Gebote berufen, wenn in div. auch 'christlichen' Staaten, völlig andere, z.T. keine Regelungen bestehen; zudem kann für Arbeitnehmer, die sich ausdrücklich dazu bekennen, ein besonderer Sonntagschutz verankert werden. Die Gewerkschaften sollen nicht die Zeiten vorgeben können, in denen gearbeitet werden darf, sondern für einen ausreichenden Schutz und Bezahlung der Lohnabhängigen sorgen.

Einkauf ist inzwischen vielfach keine Notwendigkeit, sondern Freizeitverhalten; niemand verlangt, dass Kinos, Gaststätten, Theater, sonstige Vergnügungs-, Sport- und Freizeitstätten sonntags geschlossen werden/bleiben.

Auch andere Arbeitnehmer müssen rund um die Uhr arbeiten, haben dafür andere freie Tage.

Dazu kommt (besonders hier in Berlin), dass für Moslems der Freitag, für Juden der Samstag 'heilig' ist; somit können die unterschiedlichen Glaubensrichtungen unterschiedliche Tage 'bedienen'.

Liquid Feedback

<https://lqpp.de/be/initiative/show/205.html>

Ja: **47**

Enthaltung: **11**

Nein: **21**

Angenommen

Konkurrenzanträge

Derzeit keine bekannt.

P-AH #014 - Kultur

Grundsatzprogramm: Kunst und Kultur

Antragsteller: Lisa Vanovitch
Antragstyp: Programmantrag
Einordnung: Grundsatzprogramm

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 **Antrag**

2 Die Landesmitgliederversammlung des LV Berlin
3 möge für das neue Grundsatzprogramm folgenden
4 Abschnitt als Programmänderung in Kunst und Kultur
5 beschließen:

6 **Kunst- und Kulturpolitik**

7 Wie ein demokratisches Gemeinwesen verfasst ist,
8 wird treffend durch die Worte Friedrich Schillers be-
9 schrieben: „Die Kunst ist eine Tochter der Freiheit.“
10 Durch die Kulturförderung werden nicht nur die Krea-
11 tiven geschützt, sondern auch unsere Haltung und
12 Freiheitsrechte. Eine verantwortliche, transparente,
13 anregende und nachhaltig gestaltende Kulturpolitik
14 kräftigt eine zukunftsorientierte, vielfältige und hu-
15 mane Gesellschaft. Diese Politik muss die notwendi-
16 gen Rahmenbedingungen für eine freie Entfaltung
17 von Kunst und Kultur schaffen – sie darf diese nicht
18 bewerten oder vereinnahmen.

19 Die kulturelle Freizügigkeit, der subversive Charakter
20 und die Vielfalt Berlins sollen durch geförderten Frei-
21 raum und einer Verhältnismäßigkeit bei der Wahrung
22 der Rechte der Anwohner verteidigt werden. Behör-
23 den sollen ihre Ermessensspielräume nutzen, um zu-
24 gunsten von Kunst- und Kulturinitiativen entscheiden.
25 Das Kulturleben Berlins soll sich auch als Wirtschafts-
26 faktor und Vernetzungsplattform lebendig weiterent-
27 wickeln.

28 Kulturentwicklungsplanung ist vielschichtig und muss
29 die kulturelle Bildung, Betätigung und Mitwirkung des
30 Bürgers sowie die Künste und die Kulturwirtschaft
31 aufeinander abstimmen und die dafür notwendigen
32 Ressourcen und Verfahren definieren. Die Piratenpar-
33 tei ist bestrebt, die Förderstruktur von Kunst und Kul-
34 tur möglichst stabil zu halten. Bei einzelnen Sparten
35 sollte auch in Wirtschaftskrisen nicht so stark gekürzt
36 werden, dass ihre jeweilige Existenz gefährdet ist,
37 denn im Gegensatz zu materiellen Werten kann eine
38 verlorene kulturelle Infrastruktur nur langsam wieder
39 aufgebaut werden.

40 Der Zugang zu Kultureinrichtungen muss für alle Ge-
41 sellschaftsschichten offen gehalten werden, damit
42 diese Institutionen gesellschaftlich verankert sind.
43 Desweiteren müssen größtenteils öffentlich finanzierte
44 Einrichtungen auch für die Bevölkerung zugänglich
45 sein.

Begründung/Erläuterung

In genau diesem Wortlaut findet der Antrag im LQFB schon sehr breite Unterstützung. Mangels Zeit konnte es aber nicht zu einer dortigen Abstimmung vor der LMV kommen.

Liquid Feedback

<https://lqpp.de/be/issue/show/413.html> (noch nicht abgestimmt)

Konkurrenzanträge

Derzeit keine bekannt.

P-AI #010 - Verwaltung

Für die Förderung der Open Culture in Politik und Verwaltung

Antragsteller: Kathi Woitas, Stefan Gerecke, Michael Hartung,
Dietmar Strauch
Antragstyp: Programmantrag
Einordnung: Grundsatzprogramm

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 **Antrag**

2 **Für die Förderung der Open Culture in**

3 **Politik und Verwaltung**

4 Die Piraten meinen, dass mit öffentlichen Mitteln pro-
5 duzierte und finanzierte Güter uneingeschränkt der
6 Allgemeinheit zustehen. Wir sehen keinen einleuch-
7 tenden Grund dafür, dass das Open-Access-Prinzip
8 auf den Bereich der Wissenschaftskommunikation
9 beschränkt bleiben sollte. Daten, Dokumente und
10 Prozesse, die durch Regierung und Administration er-
11 arbeitet werden, sollten nicht nur generell veröffent-
12 licht werden, sondern auch unter einer Lizenz, die
13 jegliche Nachnutzung ermöglicht. Für öffentliche Da-
14 ten und Dokumente sind mehrere parallel vorliegen-
15 de Datenformate, besonders aber nichtproprietäre
16 und maschinenlesbare Formate, anzustreben.

17 Ebenso müssen sonstige, in öffentlichen Zusammen-
18 hängen geschaffene digitale Güter wie Software, Da-
19 tenbanken, und andere durch das Urheberrecht ge-
20 schützte Werke der Allgemeinheit frei zur Verfügung
21 gestellt werden. Bei der externen Beschaffung oder
22 Beauftragung solcher Werke müssen generell frei li-
23 zenzierte Alternativen den Vorrang erhalten. Dies gilt
24 insbesondere für den kostenintensiven Bereich der
25 EDV. Der Einsatz von Freier und Open-Source-Soft-
26 ware in den öffentlichen Infrastrukturen darf nicht
27 nur die wohlwollende Ausnahme, sondern muss die
28 Norm sein.

Begründung/Erläuterung

Keine Begründung/Erläuterung angegeben.

Liquid Feedback

<https://lqpp.de/be/initiative/show/808.html>

Ja: **103**

Enthaltung: **2**

Nein: **0**

Angenommen

Konkurrenzanträge

Derzeit keine bekannt.

P-AK #020 - Verwaltung

Für eine bürgernahe Verwaltung

Antragsteller: Martin Haase
Antragstyp: Programmantrag
Einordnung: Grundsatzprogramm

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 **Antrag**

2 Folgender Text wird dem Grundsatzprogramm in ei-
3 nem Abschnitt „Für eine bürgernahe Verwaltung“ hin-
4 zugefügt:

5 Digitale Kommunikations- und Informationstechniken
6 (E-Government) ermöglichen eine koordinierte Ab-
7 wicklung von Verwaltungsaufgaben, die sich an den
8 Bedürfnissen der Bürger orientiert. Anträge müssen
9 auf digitalem Wege gestellt werden können und der
10 Status ihrer Bearbeitung muss online abrufbar sein.
11 Dabei ist ein einheitliches Online-Portal dem Ressort-
12 prinzip vorzuziehen. Der Schutz personenbezogener
13 Daten und die informationelle Selbstbestimmung
14 müssen unbedingt sichergestellt werden. Außerdem
15 muss freie Software eingesetzt werden, und deren
16 Weiterentwicklungen müssen ebenfalls unter einer
17 freien Lizenz zur Verfügung stehen. Alle angebotenen
18 Dienste müssen barrierefrei und plattformunabhän-
19 gig nutzbar sein.

Begründung/Erläuterung

Da der Originalantrag etwas holperig formuliert ist, erlaube ich mir, einen leichter verständlichen Alternativantrag zu stellen, der sich auf die wesentlichen Punkte beschränkt und auch noch den Software-Aspekt hineinbringt, der bereits angenommen wurde.

Liquid Feedback

<https://lqpp.de/be/initiative/show/847.html>

Ja:	92
Enthaltung:	7
Nein:	2

Angenommen

Konkurrenzanträge

Derzeit keine bekannt.

P-AL #023 - Software

Verwendung freier Software in der Berliner Verwaltung

Antragsteller: Martin Haase
Antragstyp: Programmantrag
Einordnung: Wahlprogramm

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 **Antrag**

2 Folgender Text soll in das Wahlprogramm aufgenom-
3 men werden:

4 In der Berliner Verwaltung soll auf allen Ebenen
5 grundsätzlich freie Software eingesetzt werden. Die
6 Mitarbeiter sollen in die Entscheidung über die ver-
7 wendete freie Software einbezogen werden. Netze,
8 Server und arbeitsplatzübergreifende Anwendungen
9 sollen auf freier Software basieren. Eigene (Weiter-)
10 Entwicklungen sollen ebenfalls unter freien Lizenzen
11 öffentlich zur Verfügung stehen. Soweit noch keine
12 freie Software verwendet wird, ist ein verbindlicher
13 Plan für die Einführung freier Software vorzulegen.

Begründung/Erläuterung

Keine Begründung/Erläuterung angegeben.

Liquid Feedback

<https://lqpp.de/be/initiative/show/59.html>

Ja: **78**
Enthaltung: **4**
Nein: **2**

Angenommen

Konkurrenzanträge

Derzeit keine bekannt.

P-AM #009 – Staat und Religion

Für die Trennung von Staat und Religion

Antragsteller: Kathi Woitas, Stefan Gerecke, Michael Hartung,
Dietmar Strauch
Antragstyp: Programmantrag
Einordnung: Grundsatzprogramm

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 **Antrag**

2 Die Landesmitgliederversammlung der Piratenpartei
3 Berlin möge beschließen, folgenden Abschnitt in das
4 Berliner Grundsatzprogramm aufzunehmen:

5 ***Für die Trennung von Staat und Religion***

6 Für die Berliner Piraten stellen Freiheit und Vielfalt
7 von kulturellen, religiösen und weltanschaulichen
8 Einstellungen nicht nur ein Grundrecht, sondern
9 gleichsam eine Bedingung von modernen Gesell-
10 schaften dar. Die Religionsfreiheit beinhaltet für uns
11 nicht nur die Freiheit zur Ausübung einer Religion,
12 sondern auch die Freiheit von religiöser Bevormun-
13 dung. Die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung
14 aller Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften
15 ist derzeit alles andere als selbstverständlich. Aus
16 diesem Grund treten wir dafür ein, dass die weltan-
17 schauliche Neutralität des Staates ohne Abstriche
18 durchgesetzt wird. Ein säkularer Staat erfordert die

19 strikte Trennung von religiösen und staatlichen Be-
20 langen; finanzielle und strukturelle Privilegien einzel-
21 ner Glaubensgemeinschaften, etwa bei der Übertra-
22 gung von sozialen Aufgaben und beim Betrieb von
23 sozialen Einrichtungen, sind höchst fragwürdig. Der
24 Einzug der Kirchensteuer und die damit zusammen-
25 hängende Erfassung der persönlichen Religionszuge-
26 hörigkeit durch staatliche Behörden muss abgeschafft
27 werden.

Begründung/Erläuterung

Keine Begründung/Erläuterung angegeben.

Liquid Feedback

<https://lqpp.de/be/initiative/show/809.html>

Ja: **92**
Enthaltung: **5**
Nein: **5**

Angenommen

Konkurrenzanträge

P-AM #025 – Staat und Religion

Für die Trennung von Staat und Religion (Alternative) – Seite 49

P-AM #025 – Staat und Religion

Für die Trennung von Staat und Religion (Alternative)

Antragsteller: Eberhard Zastra
Antragstyp: Programmantrag
Einordnung: Grundsatzprogramm

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 **Antrag**

2 Die Landesmitgliederversammlung des LV Berlin
3 möge für das neue Grundsatzprogramm folgenden
4 Absatz beschließen:

5 **Für die Trennung von Staat und Religion**

6 Freiheit und Vielfalt der kulturellen, religiösen und
7 weltanschaulichen Einstellungen kennzeichnen die
8 modernen Gesellschaften. Diese Freiheiten zu garan-
9 tieren, ist Verpflichtung für das Staatswesen. Dabei
10 verstehen wir unter Religionsfreiheit nicht nur die
11 Freiheit zur Ausübung einer Religion, sondern auch
12 die Freiheit von religiöser Bevormundung. Wir erken-
13 nen und achten die Bedeutung, die individuell geleb-
14 te Religiosität für den einzelnen Menschen erlangen
15 kann.

16 Trotz der von Verfassungen wegen garantierten Religi-
17 onsfreiheit ist das Staatswesen der Bundesrepublik
18 nicht frei von religiöser (und weltlicher) Privilegierung
19 der traditionellen christlichen Kirchen. Hier gibt es
20 eine Idealkonkurrenz, die durch Immigration und reli-
21 giöse Differenzierung in der Gesellschaft zu größeren
22 Verwerfungen führen kann.

23 Die weltanschauliche Neutralität des Staates herzu-
24 stellen, ist daher eine für die gedeihliche Entwicklung
25 des Gemeinwesens notwendige Voraussetzung. Ein
26 säkularer Staat erfordert die strikte Trennung von re-
27 ligiösen und staatlichen Belangen; finanzielle und
28 strukturelle Privilegien einzelner Glaubensgemein-
29 schaften, etwa im Rahmen finanzieller Alimentierung,
30 bei der Übertragung von Aufgaben in staatlichen In-
31 stitutionen und beim Betrieb von sozialen Einrichtun-
32 gen, sind höchst fragwürdig und daher abzubauen.
33 Im Sinne der Datensparsamkeit ist die Erfassung der
34 Religionszugehörigkeit durch staatliche Stellen aufzu-
35 heben, ein staatlicher Einzug von Kirchenbeiträgen
36 kann nicht gerechtfertigt werden.

Begründung/Erläuterung

Warum ist das ein piratiges Thema?

- Es geht um die Freiheit - um einen durchaus zentralen Aspekt von Freiheit! Damit ist nicht nur die Freiheit zur Religionsausübung gemeint, sondern auch die Freiheit von religiöser Bevormundung.
- Und es geht um die Gleichheit - um die Gleichheit der gesellschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten verschiedener religiöser und weltanschaulicher Auffassungen, die nicht von Staats wegen diskriminiert oder bevorzugt werden dürfen.

- Und es geht um die Brüderlichkeit - denn ganz oft erwächst die Verpflichtung zu solidarischem Verhalten der Individuen in einer Gesellschaft aus einem individuell-religiösen Selbstverständnis.

Das Spannungsfeld zwischen Staat und Religion

Das Spannungsfeld ergibt sich im Bereich der staatlichen Beitragseinziehung für Glaubensgemeinschaften (Kirchensteuer) über konfessionsgebundenen Schulpflicht-Unterricht, konfessionsgebundene Schulen oder die Militärseelsorge bis zu den Relikten aus der Auflösung kirchlicher Latifundien (Subsidiaritätsprinzip): Aufgrund der vereinbarten Subsidiarität tritt der Staat als Anbieter gesellschaftlicher Dienstleistungen (von der Kinderbetreuung über die Krankenversorgung bis zur Sterbebegleitung) hinter die Angebote religiös bzw. weltanschaulich fundierter Träger (nur teilweise auch laizistischer Träger - Rotes Kreuz) zurück.

In diesem Spannungsfeld entstehen Formen religiöser Bevormundung, wenn etwa aufgrund regionaler politischer Priorisierung religions- und konfessionsfreie Angebote gar nicht unterbreitet werden. Das kann auch Ausdruck gezielter politischer Diskriminierung sein - zum Beispiel im Bereich der Schwangerschaftskonfliktberatung.

Verwiesen sei noch auf die für den BPT2010.1 eingereichten Anträge zum Themengebiet (dort mit den Antragsnummern TE038, TE040, TE041, Z015, Z028 und Z029) und den Themenfächer zum Verhältnis von Staat und Religion [1].

[1] http://wiki.piratenpartei.de/Benutzer:Etz/Themen_Staat_und_Religion

<https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/1059.html>

Ja:	351
Enthaltung:	128
Nein:	89

Angenommen

Liquid Feedback

Keine Initiative bekannt.

Konkurrenzanträge

P-AM #009 – Staat und Religion

Für die Trennung von Staat und Religion – Seite 47

P-AN #003 - Geschlechter- und Familienpolitik

Parteiprogramm: Geschlechter- und Familienpolitik

Antragsteller: Martin Haase, Manuela Schauerhammer, Lena Rohrbach,
Andreas Pittrich

Antragstyp: Programmantrag

Einordnung: Grundsatzprogramm

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 Antrag

2 Folgender Text wird dem Grundsatzprogramm in ei-
3 nem Abschnitt „Geschlechter- und Familienpolitik“
4 hinzugefügt:

5 *Geschlechter- und Familienpolitik*

6 Die Piratenpartei steht für eine zeitgemäße Ge-
7 schlechter- und Familienpolitik. Diese basiert auf dem
8 Prinzip der freien Selbstbestimmung über Angelegen-
9 heiten des persönlichen Lebens. Die Piraten setzen
10 sich dafür ein, dass Politik der Vielfalt der Lebensstile
11 gerecht wird. Jeder Mensch muß sich frei für den
12 selbstgewählten Lebensentwurf und für die individu-
13 ell von ihm gewünschte Form gleichberechtigten Zu-
14 sammenlebens entscheiden können. Das Zusammen-
15 leben von Menschen darf nicht auf der Vorteilnahme
16 oder Ausbeutung Einzelner gründen.

17 ***Freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher***
18 ***und sexueller Identität bzw. Orientierung***

19 Die Piratenpartei steht für eine Politik, die die freie
20 Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexuel-
21 ler Identität bzw. Orientierung respektiert und för-
22 dert. Fremdbestimmte Zuordnungen zu einem Ge-
23 schlecht oder zu Geschlechterrollen lehnen wir ab.
24 Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Ge-
25 schlechterrolle, der sexuellen Identität oder Orientie-
26 rung ist Unrecht. Gesellschaftsstrukturen, die sich
27 aus Geschlechterrollenbildern ergeben, werden dem
28 Individuum nicht gerecht und sind zu überwinden.

29 Die Piratenpartei lehnt die Erfassung des Merkmals
30 "Geschlecht" durch staatliche Behörden ab. Über-
31 gangweise kann die Erfassung seitens des Staates
32 durch eine von den Individuen selbst vorgenommene
33 Einordnung erfolgen.

34 ***Freie Selbstbestimmung des Zusammenlebens***

35 Die Piraten bekennen sich zum Pluralismus des Zu-
36 sammenlebens. Politik muss der Vielfalt der Lebens-
37 stile gerecht werden und eine wirklich freie Entschei-
38 dung für die individuell gewünschte Form des Zu-
39 sammenlebens ermöglichen. Eine bloß historisch ge-
40 >wachsene strukturelle und finanzielle Bevorzugung
41 ausgewählter Modelle lehnen wir ab.

42 ***Freie Selbstbestimmung und***
43 ***Familienförderung***

44 Die Piratenpartei setzt sich für die gleichwertige An-
45 erkennung von Lebensmodellen ein, in denen Men-
46 schen füreinander Verantwortung übernehmen. Un-
47 abhängig vom gewählten Lebensmodell genießen Le-
48 bensgemeinschaften, in denen Kinder aufwachsen
49 oder schwache Menschen versorgt werden, einen be-
50 sonderen Schutz. Unsere Familienpolitik ist dadurch
51 bestimmt, dass solche Lebensgemeinschaften als
52 gleichwertig und als vor dem Gesetz gleich angese-
53 hen werden müssen.

Begründung/Erläuterung

Dieser Antrag ist eine auf Landespolitik gekürzte Fassung der Geschlechter- und Familienpolitik betreffenden Anträge, die wir zum kommenden Bundesparteitag einreichen werden.

Dieser Antrag steht im Geiste folgender vergangener und erfolgreicher Initiativen (beide auch zum Parteiprogramm):

- <https://lqpp.de/be/initiative/show/46.html>
- <https://lqpp.de/be/initiative/show/499.html>

Liquid Feedback

<https://lqpp.de/be/initiative/show/768.html>

Ja:	115
Enthaltung:	1
Nein:	2

Angenommen

Konkurrenzanträge

Derzeit keine bekannt.

P-AO #002 - Bildung

Bildungsprogramm: Vielfalt, Wahlfreiheit, Demokratisierung

Antragsteller: Andreas Pittrich, Jakob Pfender, Lena Rohrbach, Martin Haase
Antragstyp: Programmantrag
Einordnung: Grundsatzprogramm

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 **Antrag**

2 Folgender Text wird dem Grundsatzprogramm in ei-
3 nem Abschnitt „Bildung“ hinzugefügt:

4 **Bildung**

5 Für die Berliner Piraten ist Bildung ein lebensbeglei-
6 tender Entwicklungsprozess, in dem der Mensch sei-
7 ne Fähigkeiten ganzheitlich erweitert. Dies umfasst
8 den Erwerb geistiger, kreativer, kultureller, sozialer
9 und praktischer Kompetenzen. Bildungseinrichtungen
10 sollen ein echter Lern- und Lebensraum sein, der ne-
11 ben Bildungs- und Freizeitangeboten auch Beratung
12 und Hilfestellung bietet. Sie müssen es den Lernen-
13 den ermöglichen, sich an den Werten einer freiheit-
14 lich-demokratischen Gesellschaft orientiert zu bilden.

15 **Recht auf Bildung**

16 Jeder Mensch hat das Recht auf freien und selbstbe-
17 stimmten Zugang zu Wissen und Bildung.

18 Demokratie lebt von der Teilhabe der Menschen. Nur
19 mit freiem Zugang zu Bildung und Wissen können
20 alle Menschen in vollem Umfang am öffentlichen Le-
21 ben und Diskurs sowie am demokratischen Prozess
22 teilhaben.

23 Bildung und Wissenschaft sind die zentralen An-
24 triebkräfte des sozialen, politischen und wirtschaftli-
25 chen Fortschritts, auf dem unser materieller und
26 geistiger Wohlstand beruht. Sie versetzen uns in die
27 Lage, Herausforderungen zu meistern, Problemlösun-
28 gen zu finden und, wenn nötig, den Kurs zu ändern.

29 ***Bildung in der Informationsgesellschaft***

30 Der Aufbruch in die global vernetzte Informationsge-
31 sellschaft ist gekennzeichnet durch eine selbstbe-
32 schleunigende Vermehrung der zugänglichen Infor-
33 mationen. In ihr entwickeln sich neue Formen der In-
34 formationsverarbeitung, der Kommunikation und der
35 Kollaboration. Inhaltliche Standards verlieren an Be-
36 deutung gegenüber der Fähigkeit des Lernenden, In-
37 formationen zu finden, auszuwählen und zu beweren.
38 Menschen bilden sich inzwischen dezentral und
39 asynchron. Ein zukunftsfähiges Bildungssystem muss
40 sich diesen neuen Herausforderungen stellen und die
41 damit einhergehenden Chancen erkennen und nut-
42 zen.

43 ***Vielfalt und Wahlfreiheit***

44 Jeder Mensch ist ein Individuum mit persönlichen
45 Neigungen, Stärken und Schwächen. Bildung soll den
46 Einzelnen unterstützen, seine Begabungen zu entfalten,
47 Schwächen abzubauen und eigene Interessen
48 und Fähigkeiten zu entdecken. Sie soll befähigen,
49 sich Werte eigenständig anzueignen und kritisch zu
50 hinterfragen. Wir begrüßen den Pluralismus der Begabungen
51 und Fähigkeiten. Heterogenität ist ein
52 Reichtum, den wir würdigen und unterstützen.

53 Ein Bildungssystem kann der Vielfalt an individuellen
54 Fähigkeiten und Lebensplänen nur dann gerecht werden,
55 wenn es selbst eine Vielfalt an Bildungsangeboten
56 und Bildungsformen bereit hält. Es muss insbesondere
57 vielfältig genug sein, um den Lernenden zu ermöglichen,
58 ihren eigenen, individuellen Bildungsinteressen selbstbestimmt
59 zu folgen. Um eine freie und informierte Gestaltung des
60 eigenen Bildungswegs zu unterstützen, müssen Lernenden
61 ausreichend Betreuung- und Beratungsangebote zur Verfügung
62 stehen, die von Beginn an aktiv auf die Lernenden und
63 ihre Familien zugehen und zur Nutzung des Bildungsangebots
64 in seiner ganzen Bandbreite motivieren.

66 Ein Bildungssystem kann nur dann gerecht sein,
67 wenn Wahlfreiheit herrscht: Jeder Mensch muss unabhängig
68 von sozialer und kultureller Herkunft, finanzieller Lage
69 und sonderpädagogischem Förderbedarf

70 die von ihm bevorzugte Bildungsform frei wählen
71 können. Pauschale Ausschlusskriterien sind grund-
72 sätzlich abzulehnen. Es ist dafür Sorge zu tragen,
73 dass Lernende nicht aufgrund ihrer finanziellen Situa-
74 tion gehindert sind, ihren gewünschten Bildungsweg
75 zu verfolgen. Ein Bildungssystem muss so finanziert
76 werden, dass es dabei nicht zu Wartezeiten kommt.

77 In einer freiheitlichen Gesellschaft braucht Bildung
78 nicht allein Staatsaufgabe zu sein: Alternative Bil-
79 dungseinrichtungen fördern nicht nur die Vielfalt,
80 sondern lassen Menschen selbst Verantwortung für
81 Bildung übernehmen. Der Erwerb von Abschlüssen
82 muss unabhängig davon möglich sein, wie und wo
83 gelernt wurde. Wir erkennen an, dass Bildung auch
84 außerhalb von Institutionen erworben werden kann.
85 Neben herkömmlich erworbenen Abschlüssen muss
86 es alternative Möglichkeiten geben, Zugang zu jeder
87 Art von weiterführender Bildung zu erlangen.

88 ***Demokratisierung von Bildungseinrichtungen***

89 Eine freiheitlich-demokratische, also eine auf den
90 Prinzipien von Selbstbestimmung und Mitbestim-
91 mung aufbauende Gesellschaft, muss auch ihr Bil-
92 dungssystem auf diese Grundlage stellen. Für die
93 Lernenden sind Bildungseinrichtungen ein prägender
94 und umfassender Bestandteil ihres Lebens. Deshalb
95 müssen Bildungseinrichtungen mit originärem Bil-

96 dungsauftrag demokratisch verfasst und transparent
97 organisiert sein. Sie sind als Lebensraum der Lernen-
98 den und Lehrenden zu begreifen, dessen Mitgestal-
99 tung und Nutzung ihnen auch bezüglich der Lernin-
100 halte offen stehen muss.

101 Die Entwicklung einer mündigen, kritischen und
102 selbstständigen Persönlichkeit ist ein wesentlicher
103 Aspekt von Bildung, der durch die Demokratisierung
104 von Bildungseinrichtungen unterstützt und gefördert
105 wird; demokratische Werte werden dabei nicht nur
106 vermittelt, sondern auch gelebt.

107 ***Öffentliche Schulen als Vorbild***

108 Der Staat hat nicht bloß gesetzgeberische Funktion,
109 sondern ist auch Träger öffentlicher Schulen. Als sol-
110 cher hat er ein öffentliches Schulsystem zu gestal-
111 ten, das mit gutem Beispiel voran geht und dafür
112 Sorge zu tragen, dass die oben gestellten Anforde-
113 rungen in vorbildlicher Weise umgesetzt werden.

114 In jeder öffentlichen Schule sollen die Lernenden ihre
115 Laufbahn flexibel und individuell planen und absol-
116 vieren können. Durch individuell unterstützende
117 Strukturen und Angebote sollen Schulen den unter-
118 schiedlichen Interessen und Lerngeschwindigkeiten
119 Rechnung tragen. Ein vorgeschrieben einheitliches
120 Lerntempo lehnen wir ab, da es den individuellen Be-
121 dürfnissen der Lernenden nicht gerecht wird. Durch

122 individuelles Lernen verbunden mit intensiver bedarf-
123 sorientierter Unterstützung der Lernenden sollen
124 Schulen gerechter werden. Die soziale Herkunft darf
125 nicht über den Bildungserfolg entscheiden.

126 Schulen sollen den Lernenden zu Erfolgserlebnissen
127 und nicht zur Erfahrung des Scheiterns verhelfen. Be-
128 wertungen von Lernenden müssen diese als Individu-
129 en würdigen und ihre Leistungen als Bestandteil und
130 Ergebnis eines Entwicklungsprozesses unter ver-
131 schiedenen Aspekten in den Blick nehmen. Sie die-
132 nen den Lernenden als Rückmeldung über ihre Bil-
133 dungsfortschritte.

Begründung/Erläuterung

Keine Begründung/Erläuterung angegeben.

Liquid Feedback

<https://lqpp.de/be/initiative/show/767.html>

Ja: **108**
Enthaltung: **2**
Nein: **1**

Angenommen

Konkurrenzanträge

Derzeit keine bekannt.

P-AP #021 - Wissenschaft

Wissenschaft und Forschung

Antragsteller: Martin Haase, Jakob Pfender, Lena Rohrbach, Andreas Pittrich
Antragstyp: Programmantrag
Einordnung: Grundsatzprogramm

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 ***Antrag***

2 Folgender Text wird dem Grundsatzprogramm in ei-
3 nem Abschnitt „Wissenschaft und Forschung“ hinzu-
4 gefügt:

5 ***Wissenschaft und Forschung***

6 Wissenschaft ist die Erweiterung des Wissens durch
7 Forschung, dessen Weitergabe durch Lehre bzw. Ver-
8 öffentlichung, der gesellschaftliche, historische und
9 institutionelle Rahmen, in dem dies organisiert be-
10 trieben wird, sowie die Gesamtheit des so erworbe-
11 nen Wissens.

12 Bildung und Wissenschaft sind die zentralen An-
13 triebkräfte des sozialen, politischen und wirtschaftli-
14 chen Fortschritts, auf dem unser materieller und
15 geistiger Wohlstand beruht. Sie versetzen uns in die
16 Lage, Herausforderungen zu meistern, Problemlösun-
17 gen zu finden und, wenn nötig, den Kurs zu ändern.

18 Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung ist ein
19 Individualrecht.

20 ***Freier Zugang zu Wissenschaft***

21 Die Vielfalt der Forschungseinrichtungen in Berlin
22 und die Breite ihres wissenschaftlichen Spektrums
23 bilden die Grundlage für freies und fruchtbares For-
24 schen.

25 Der Wert wissenschaftlicher Erkenntnisse hängt in er-
26 heblichem Maße von ihrer freien und öffentlichen Zu-
27 gänglichkeit ab. Deshalb ist ein freier Zugang zu wis-
28 senschaftlicher Tätigkeit, wissenschaftlichen Diskur-
29 sen und Forschungsergebnissen unabdingbar.

30 Der Wert von Wissenschaft lässt sich nicht auf wirt-
31 schaftliche oder infrastrukturelle Aspekte reduzieren.
32 Um ihre Vielfalt und Freiheit zu wahren, darf wissen-
33 schaftliche Tätigkeit keinen politischen, kulturellen
34 oder wirtschaftlichen Zwängen unterliegen.

35 Die Vernetzung von Wissenschafts- und Bildungsein-
36 richtungen muss gezielt gefördert werden. For-
37 schungseinrichtungen sollen Kooperationen mit Bil-
38 dungsinstitutionen anstreben und sich für Lernende
39 aus allen anderen Bildungsbereichen öffnen.

40 ***Open Access***

41 Die technische Entwicklung hat die praktischen und
42 wirtschaftlichen Bedingungen für die Verbreitung von
43 wissenschaftlichen Erkenntnissen und kulturellem
44 Erbe grundlegend verändert. Insbesondere das Inter-
45 net ermöglicht erstmals eine umfassende und inter-
46 aktive Repräsentation des menschlichen Wissens,
47 einschließlich des kulturellen Erbes, bei gleichzeitiger
48 Gewährleistung eines weltweiten Zugangs.

49 Wir fühlen uns verpflichtet, die Chancen neuer tech-
50 nischer Möglichkeiten, insbesondere des Internets als
51 dem zunehmend an Bedeutung gewinnenden Medi-
52 um der Wissensverbreitung, aufzugreifen. Die ge-
53 nannten Entwicklungen werden das Wesen wissen-
54 schaftlichen Publizierens erheblich verändern und
55 einen Wandel der bestehenden Systeme wissen-
56 schaftlicher Qualitätssicherung einleiten.

57 Die Zugänglichmachung des wissenschaftlichen und
58 kulturellen Erbes der Menschheit nach dem Prinzip
59 des Open Access ist unerlässlicher Bestandteil ge-
60 genwärtigen und zukünftigen Wissenschaftsbetriebs.

61 Wir sehen es als Aufgabe des Staates an, für dieses
62 Prinzip zu werben, sämtliche Umsetzungshürden zu
63 beseitigen und die nötige Infrastruktur zu fördern
64 oder gegebenenfalls bereitzustellen. Die hierfür auf-
65 zuwendenden Mittel dürfen nicht zu Lasten sonstiger
66 Wissenschafts- und Forschungsförderung gehen.

67 Maßnahmen zur Förderung von Open Access dürfen
68 nicht in die Unabhängigkeit der Universitäten oder
69 die Forschungsfreiheit eingreifen. Hiervon ausgenom-
70 men sind Medizintechnik, Impfstoffe, essentielle Me-
71 dikamente und existenzsichernde Technologien. Die-
72 se müssen auch für bedürftige Menschen in Ländern
73 geringer Wirtschaftsleistung verfügbar sein. Die Ber-
74 liner Forschungseinrichtungen müssen alle Optionen
75 prüfen, um dieses Ziel zu erreichen: von freien Lizen-
76 zen bis hin zu positiven Handlungspflichten der In-
77 dustrie.

Begründung/Erläuterung

Keine Begründung/Erläuterung angegeben.

Liquid Feedback

<https://lqpp.de/be/initiative/show/908.html> (nicht identisch und noch nicht abge-
stimmt)

Konkurrenzanträge

P-AP #039 - Wissenschaft

Wissenschaft und Forschung (Alternative) - Seite 65

P-AP #039 - Wissenschaft

Wissenschaft und Forschung (Alternative)

Antragsteller: Martin Delius
Antragstyp: Programmantrag
Einordnung: Grundsatzprogramm

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 **Antrag**

2 Folgender Text wird dem Grundsatzprogramm in ei-
3 nem Abschnitt „Wissenschaft und Forschung“ hinzu-
4 gefügt:

5 Für die konsequente Umsetzung von Vielfalt und Frei-
6 heit von Wissenschaft und Forschung sind in Berlin
7 beste Voraussetzungen gegeben. Die Vielfalt der For-
8 schungseinrichtungen und die Breite des wissen-
9 schaftlichen Spektrums sind Grundvoraussetzungen
10 für eine freie und attraktive Wissenschaftsstadt Ber-
11 lin.

12 Der freie Zugang zu wissenschaftlicher Tätigkeit, ih-
13 ren Erzeugnissen oder Plattformen wissenschaftli-
14 chen Austausches ist der erste Schritt und wichtigste
15 Voraussetzung für eine breite Förderung einer Kultur
16 der Wissenschaft in allen gesellschaftlichen Berei-
17 chen. Wir verstehen die Aufgabe der Wissenschaft
18 als die freie und ungehinderte oder -geregelter Erar-

19 beitung neuer Erkenntnisse, Methoden und Konzepte
20 in allen Bereichen und Belangen von individuellem
21 und gemeinsamem Interesse. Die Freiheit von Wis-
22 senschaft und Forschung ist ein Individualrecht.

23 Bei öffentlichen Einrichtungen und Projekten in Wis-
24 senschaft und Forschung sind durch Verwaltung und
25 Politik Bedingungen zu schaffen und zu erhalten, die
26 die Vielfalt der Möglichkeiten wissenschaftlicher Ar-
27 beit und Publikation frei von politischen, wirtschaftli-
28 chen oder kulturellen Zwängen zulassen und fördern.
29 Wissenschaft und Forschung können nur so zu Chan-
30 cen auf Wohlstand und Weiterentwicklung für alle ge-
31 sellschaftlichen Gruppen und Interessen werden.

32 Der Mehrwert von Erkenntnissen der Wissenschaft
33 und Forschung steigt und fällt mit den Möglichkeiten
34 des freien und öffentlichen Zugangs. Er lässt sich da-
35 bei nicht durch wirtschaftliche oder infrastrukturelle
36 Aspekte bemessen. Er ergibt sich vielmehr aus der
37 Vielfalt an Plattformen, Nutzungsformen, Zugangs-
38 möglichkeiten und Weiterentwicklungen durch eine
39 breite Öffentlichkeit in allen gesellschaftlichen Berei-
40 chen.

41 Eine Förderung der Wissenschaft und Forschung in
42 Berlin durch die Wirtschaft ist unbedingt erforderlich
43 für ihr Wachstum, muss jedoch die Balance zwischen
44 einem breiten öffentlichen Interesse und wirtschaftli-
45 chen Interessen erhalten. Staatlich geförderte Ein-

46 richtungen sind die wichtigsten Zugänge der Gesell-
47 schaft zur Wissenschaft und Forschung. Die Öffnung
48 dieser Einrichtungen für alle gesellschaftlichen Berei-
49 che steigert direkt den Mehrwert von Wissenschaft
50 und Forschung für die Gesellschaft.

51 Staatlich geförderte Einrichtungen wissenschaftlicher
52 Bildung haben eine besondere Rolle. Ihnen soll die
53 Möglichkeit der Öffnung für Lernende aus allen ande-
54 ren Bereichen öffentlicher Bildung sowie der umfang-
55 reichen Kooperation mit externen öffentlichen Ein-
56 richtungen, Vereinen und Projekten von öffentlichem
57 Interesse gegeben werden. Infrastrukturelle, finenzi-
58 elle und personelle Voraussetzungen sind hierzu vor
59 allem vom Staat bzw. von den öffentlichen Einrich-
60 tungen zu schaffen.

Begründung/Erläuterung

Keine Begründung/Erläuterung angegeben.

Liquid Feedback

<https://lqpp.de/be/initiative/show/772.html> (noch nicht abgestimmt)

Konkurrenzanträge

P-AP #021 - Wissenschaft

Wissenschaft und Forschung - Seite 61

P-AQ #024 - Hochschule

Gemeinsamer Runder Tisch von Hochschulen, öffentlichen Trägern, Lehrenden, Lernenden und Forschenden

Antragsteller: Martin Haase, Martin Delius

Antragstyp: Programmantrag

Einordnung: Wahlprogramm

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 Antrag

2 Folgender Text soll in das Wahlprogramm aufgenom-
3 men werden:

4 Es soll langfristig ein sog. runder Tisch entstehen,
5 der als öffentliches Forum, das Vertreter der Legisla-
6 tive in Berlin (Vertreter des Abgeordnetenhauses, der
7 Ausschüsse), der Senatsverwaltung und Hochschul-
8 vertreter (Mitglieder der Kuratorien) regelmäßig zur
9 Beratung und zum Austausch einlädt. Es sollten da-
10 bei alle Statusgruppen der Hochschulen gemeinsam
11 mit Entscheidungsträgern von Hochschulen und des
12 Landes eine gemeinsame Plattform finden.

Begründung/Erläuterung

Während die Exekutive auf Landesebene ständige Aufsicht und Gewalt über die staatlich eingesetzten Mittel und deren Verwendung für Lehre und Forschung ausüben wird der gewählten und bestätigten selbstverwalteten Vertretung der Statusgruppen aus Lehrenden, Studierenden und Forschern zu wenig Raum gegeben Feedback und konkreten politischen Druck auszuüben. Eine regelmäßig stattfindende Veranstaltung mit hoher öffentlicher Beteiligung kann dort, wo Verwaltungen aus

Verpflichtung zu ihren Dienstherrn notwendigen Druck nicht ausüben können, Verhältnisse und Bedürfnisse transportieren und den Entscheidungsträgern darlegen. Dadurch kann sich eine direktere Form der Beteiligung einer demographischen Minderheit im Land Berlin an politischen Entscheidungsprozessen entwickeln.

Liquid Feedback

<https://lqpp.de/be/initiative/show/170.html>

Ja: **58**

Enthaltung: **11**

Nein: **5**

Angenommen

Konkurrenzanträge

Derzeit keine bekannt.

P-AR #022 - Werbeverbot

Antrag auf Streichung der Ausführungen zum Werbeverbot im öffentlichen Raum

Antragsteller: Martin Haase
Antragstyp: Programmantrag
Einordnung: Berliner Programm

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 **Antrag**

- 2 Die Forderung nach einem werbefreien öffentlichen
- 3 Raum wird aus dem Berliner Programm gestrichen.

Begründung/Erläuterung

Schon jetzt ist das Aufstellen von Werbeträgern im öffentlichen Raum (Plakatwände, Litfaßsäulen usw.) und das Anbringen von großflächiger Werbung an Fassaden streng reglementiert und genehmigungspflichtig. Ein generelles Verbot ist daher unnötig und populistisch. Zudem konterkariert es den sinnvollen und bereits angenommenen Antrag Optimierung der städtischen Werbeeinnahmen (363).

Auch die Argumentation mit einem Werbeverbot in São Paulo ist unlauter, denn dort ist nur besonders großflächige Werbung verboten, die auch in Berlin genehmigungspflichtig ist:

[1] [2] Zudem würde ein generelles Werbeverbot jegliche Werbung für Veranstaltungen und auch politische Werbung unter Strafe stellen (Straßenwahlkampf, Demoaufrufe usw.). Somit gefährdet es die Meinungsfreiheit an sich, die vor allem im öffentlichen Raum zu schützen ist. Ein generelles Werbeverbot widerspricht den Prinzipien einer freien Gesellschaft.

[1] http://de.wikipedia.org/wiki/São_Paulo#Werbeverbot

[2] <http://www.kreativrauschen.de/blog/2007/04/15/stadt-ohne-werbung-sao-paulo/>

Liquid Feedback

<https://lqpp.de/be/initiative/show/679.html>

Ja: **95**
Enthaltung: **8**
Nein: **17**

Angenommen

Konkurrenzanträge

Derzeit keine bekannt.

P-AS #026 - Polizei

Unabhängige Beschwerdestelle für Polizei-Übergriffe

Antragsteller: Eberhard Zastra

Antragstyp: Programmantrag

Einordnung: Wahlprogramm

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 **Antrag**

2 Die Landesmitgliederversammlung des LV Berlin
3 möge für das neue Wahlprogramm folgenden Absatz
4 beschließen:

5 **Unabhängige Beschwerdestelle für Polizei-** 6 **Übergriffe**

7 Für Beschwerden gegen Polizei-Übergriffe ist die
8 Staatsanwaltschaft zuständig, sie richtet zu diesem
9 Zweck eine unabhängige Beschwerdestelle ein. Ihr
10 wird für diese Aufgabe eine Task-Force von polizeili-
11 chen Ermittlungsbeamten zur Seite gestellt, die
12 dienstrechtlich der Staatsanwaltschaft zugeordnet
13 sind und nicht aus dem Polizeidienst dieses Bundes-
14 landes rekrutiert werden dürfen, also stattdessen
15 etwa aus der Bundespolizei oder der Polizei eines
16 Nachbarlandes gewonnen werden. Die Beschwerde-
17 stelle ist auch zuständig, wenn sich Polizeibeamte im
18 Dienst gemobbt oder diskriminiert fühlen.

Begründung/Erläuterung

Die Ermittlungen nach Berichten über Polizeigewalt bleiben derzeit unbefriedigend. Interne Ermittlungen der Polizei selbst begegnen dem Vorwurf, die ermittelnden Beamten könnten befangen oder einem Corpsgeist unterworfen sein. Amnesty International hatte über 15 Fälle von Polizeigewalt berichtet und kritisiert, dass oftmals nicht unabhängig und objektiv bei Vorwürfen gegen Polizeigewalt ermittelt würde.

Die Aufgaben der Polizei sind vielfältig und schwierig. Polizeiliches Handeln ist situationsbezogen und kann teilweise im Nachhinein nur schwer rekonstruiert werden. Das gilt umso mehr, wenn in der Bürgerschaft der Eindruck entsteht, die Polizei sei damit überfordert, Fällen von Polizeigewalt wirksam entgegenzutreten.

Eine unabhängige Beschwerdestelle zu schaffen, ist kein Generalverdacht gegen die Polizei, sie dient vor allem dazu, eine wirksame Aufklärung zu leisten, in Fällen, in denen vom Staat Fehler gemacht werden. Sie kann das Vertrauen in die staatlichen Institutionen, die von Gesetzes wegen unmittelbaren Zwang ausüben dürfen, weiter erhöhen.

Die Initiative greift eine Erklärung der niedersächsischen Grünen auf und entwickelt deren Idee weiter. Im Gegensatz zur Ausgangs-Initiative (#697 auf Rang 2 im LqFb) siedelt sie die Ermittlungs-Aufgaben in der Exekutive an, legt aber Wert darauf, dass eine andere Senatsverwaltung (Justiz) die Hoheit über die Stelle hat. Sie entspricht damit besser den Grundvoraussetzungen der Gewaltenteilung. Es kann nicht Aufgabe der Legislative sein, exekutive Funktionen wie strafrechtliche Ermittlungen durchzuführen. Die Ahndung erwiesener Straftaten obliegt den Gerichten. Die Staatsanwaltschaft ist kraft ihrer Aufgabe die sinnvolle Institution, um die Aufgabe zu übernehmen. Ihre Arbeit unterliegt dann natürlich auch der parlamentarischen Kontrolle.

<https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/111.html> (Bundesliquid)

Ja: **394**
Enthaltung: **123**
Nein: **47**

Nicht angenommen (Rang 2)

Liquid Feedback

<https://lqpp.de/be/initiative/show/850.html>

Ja: **87**
Enthaltung: **17**
Nein: **7**

Angenommen

Konkurrenzanträge

Derzeit keine bekannt.

P-AT #028 - Stadtentwicklung

Grundsatzprogramm für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr / Modul 1 Präambel Gebt die Stadt ihren Bewohnern!

Antragsteller: Monika Belz, Fabio Reinhardt

Antragstyp: Programmantrag

Einordnung: Grundsatzprogramm

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 Antrag

2 Die Landesmitgliederversammlung des Landesver-
3 bandes Berlin möge die Ergänzung des Grundsatz-
4 programms um den Punkt Stadtentwicklung Bauen
5 und Verkehr beschließen und folgenden Punkt als
6 Präambel:

7 Allen Bewohnern Berlins ist die Gestaltung ihres per-
8 sönlichen Lebensumfeldes zu ermöglichen. Entschei-
9 dungen zur Raumnutzung und Stadtgestaltung sind
10 daher demokratisch und transparent zu führen.
11 Stadtentwicklung ist ein sozialer Prozess. Er setzt das
12 Zusammenwirken der unmittelbar betroffenen Bür-
13 ger, der planenden kommunalen Instanzen und der
14 Träger von Investitionen voraus.

15 Die Berliner Piraten treten für eine nachhaltige Ent-
16 wicklung unserer Stadt ein. Dies umfasst die Bereit-
17 stellung klimafreundlicher Verkehrsangebote, die
18 Schaffung attraktiver Wohnumfelder, den Erhalt von
19 historisch bedeutsamer Bausubstanz und städtischen
20 und sozialen Strukturen sowie den Erhalt von zusam-
21 menhängenden Grünanlagen.

Begründung/Erläuterung

In der Initiative 355 [1] wurde ein positives Meinungsbild über die Erweiterung des Grundsatzprogrammes um den Punkt Verkehrspolitik eingeholt und im Squad Grundsatzprogramm unter Beteiligung von einigen Berliner Piraten ein entsprechendes Programm bestehend aus 5 Modulen ausgearbeitet, die als separate, von einander unabhängige Anträge eingereicht werden.

[1] <https://lqpp.de/be/initiative/show/355.html>

Liquid Feedback

<https://lqpp.de/be/initiative/show/914.html> (Noch nicht abgestimmt)

Konkurrenzanträge

Derzeit keine bekannt.

P-AU #029 - Stadtentwicklung

Grundsatzprogramm für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr / Modul 2 Stadtentwicklung - Eine lebenswerte Stadt für alle Berliner!

Antragsteller: Monika Belz, Fabio Reinhardt

Antragstyp: Programmantrag

Einordnung: Grundsatzprogramm

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 **Antrag**

2 Die Landesmitgliederversammlung des Landesver-
3 bandes Berlin möge die Ergänzung des Grundsatz-
4 programms um den Punkt Stadtentwicklung Bauen
5 und Verkehr, hier Modul Stadtentwicklung beschlie-
6 ßen:

7 Die Berliner Piraten treten für eine gesunde und le-
8 benswerte Stadt ein, die die Lebensbedingungen ih-
9 rer Bewohner bewahrt und verbessert. Eine lebendi-
10 ge Stadt organisiert und fördert das Zusammenleben
11 der Menschen und widersteht der Abschottung von
12 Schichten und Bevölkerungsgruppen in segregierten
13 Stadtvierteln. Sie fördert die Mischung der Stadtfunk-
14 tionen Wohnen, Arbeiten, Versorgung und Freizeit. Es
15 ist Aufgabe kommunaler Planung eine Infrastruktur
16 der Nahversorgung planerisch abzusichern. Eine Zer-
17 siedlung der Landschaft ist zu vermeiden.

18 **2.1 Freiräume und Freiflächen**

19 Die Berliner Piraten fordern, bedrohte Freiräume zu
20 schützen und zu erhalten und lokales zivilgesell-
21 schaftliches Engagement zu unterstützen. Gesell-
22 schaftliche Freiräume bilden die Grundlage für eine
23 gemeinschaftliche und kreative Betätigung, die nicht
24 kommerziellem Druck unterliegt. Die freie künstleri-
25 sche Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes sollte
26 von staatlicher Seite nicht über Gebühr einge-
27 schränkt werden.

28 Freiflächen sind bevorzugt für die Öffentlichkeit nutz-
29 bar zu machen. Eine Neunutzung muss sich an den
30 Interessen der Anwohner orientieren. Diese sind
31 durch umfassende Mitbestimmungsmöglichkeiten in
32 den Planungsprozess einzubeziehen. Bei auftreten-
33 den Baulücken ist eine angemessene Zwischennut-
34 zung des Geländes zu ermöglichen.

Begründung/Erläuterung

Im Antragstext wurden die positiven Meinungsbilder aus den Initiativen 671 [1] und 131 [2] berücksichtigt und um einen allgemeinen Punkt zur Stadtentwicklung erweitert.

[1] <https://lqpp.de/be/initiative/show/671.html>

[2] <https://lqpp.de/be/initiative/show/131.html>

Liquid Feedback

<https://lqpp.de/be/initiative/show/915.html> (noch nicht abgestimmt)

Konkurrenzanträge

Derzeit keine bekannt.

P-AV #030 - Stadtentwicklung

Grundsatzprogramm für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr / Modul 3 Bauen und Wohnen

Antragsteller: Monika Belz, Fabio Reinhardt

Antragstyp: Programmantrag

Einordnung: Grundsatzprogramm

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 Antrag

2 Die Landesmitgliederversammlung des Landesver-
3 bandes Berlin möge die Ergänzung des Grundsatz-
4 programms um den Punkt Stadtentwicklung Bauen
5 und Verkehr, hier Modul Bauen und Verkehr beschlie-
6 ßen:

7 Die Erhaltung von Bausubstanz im Wohnungsbau und
8 somit die Nutzung von vorhandenen Ressourcen ist
9 vorrangig durch die öffentliche Hand zu fördern,
10 wenn energiesparende Maßnahmen und Funktionen
11 umgesetzt werden oder diese zur Erhaltung des Kul-
12 turgutes unserer Stadt bzw. zum Erhalt des Stadtbil-
13 des beitragen. Auf die Erhaltung von Stadtbereichen
14 (Kiez) sowie Grünanlagen ist besondere Rücksicht zu
15 nehmen. Alle öffentlichen und wirtschaftlich genutz-
16 ten Bauten sind barrierefrei, kind- und altersgerecht
17 zu errichten, Altbauten entsprechend zu modernisie-
18 ren.

19 Wohnqualität fördert das Wohlbefinden der Bewoh-
20 ner unserer Stadt. Um mittel- bis langfristig eine an-
21 gemessene Wohnqualität zu gewährleisten, sind die
22 geltenden Bestimmungen durch die zuständigen Be-
23 hörden zum Wohle der Bewohner durchzusetzen und
24 die Bauaufsicht als Kontrollinstanz zu verstärken.

25 Vergaben von öffentlichen Aufträgen sind transpa-
26 rent und nachvollziehbar in allen Phasen zu führen,
27 ein Bezug zum beauftragten Unternehmen je Objekt
28 ist während und nach der Ausführungsphase mit An-
29 gabe von Kostenerhöhung /-senkung zu gewährleis-
30 ten. Diese Informationen sind in öffentlich zugängli-
31 chen Registern zu führen und zu archivieren.

32 ***3.1 Sicherstellung von bezahlbarem***

33 ***Wohnen – Stadt für alle***

34 Das Angebot an preiswertem Wohnraum ist auf
35 gleichbleibend hohem Niveau zu halten. Die Berliner
36 Piraten treten für die Fortführung der staatlichen För-
37 derung von sozialem Wohnungsbau ein. Besonders
38 zu fördern ist der genossenschaftliche Wohnungsbau
39 und Bauten gemeinnütziger Träger.

40 Grundstücke (Immobilien), die sich im Besitz des
41 Landes Berlin befinden und nicht für öffentliche Ein-
42 richtungen genutzt werden oder sich in der Planung
43 für eine öffentliche Nutzung befinden, sind bevorzugt

- 44 zum sozialen und genossenschaftlichen Wohnungs-
45 bau freizugeben. Jede Entscheidung im Rahmen der
46 Vergabe ist transparent und nachvollziehbar, für die
47 Öffentlichkeit frei zugänglich, zu gestalten.

Begründung/Erläuterung

Gründe für die Erhaltung von Bausubstanz:

- a) Neubau setzt in unserer Stadt meist den Abbruch vorhandener Bausubstanz voraus. Statt diese vollständig abzurechen, sollten sie kontrolliert zurückgebaut werden, um die vorhandenen Baustoffe wiederverwenden zu können (verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen, Materialeinsparung, Energieeinsparung, Verringerung der Umweltbelastung durch Herstellung von Materialien)
- b) Erhaltung der Bausubstanz schließt ein, der wärmetechnischen, energetischen Gebäudesanierung den Vorrang zu geben, die zur Senkung des Energieaufwandes und somit zur Kosteneinsparung bei den Betriebs- und Heizkosten und zur Verringerung der Umweltbelastung führt.
- c) Erhaltung von Wohnraum ist gegenüber dem Neubau den Vorzug zu geben, um den Bewohnern der nicht sanierten Wohnkomplexe das Verbleiben in ihrem Umfeld zu ermöglichen.
- d) Die Erhaltung von Bausubstanz hat daneben eine kulturelle Bedeutung hinsichtlich der Bewahrung und Dokumentation architektonisch wertvoller Bauten und der Erhaltung des Charakters ganzer Stadtviertel.

Begründung zu Sicherstellung bezahlbarer Wohnraum

- Zuzug von außerhalb, der demografische Wandel und eine Vielfalt von Lebensumständen führen zu einem erhöhten Bedarf an angemessenem, bezahlbarem Wohnraum in Berlin.
- Der Rückzug der öffentlichen Hand aus dem sozialen Wohnungsbau und eine unzureichende Förderung des Wohnungsbaus unterstützen diese Tendenz.
- Die Wahl des Wohnortes wird zunehmend eingeschränkt und die Teilhabe am kulturellen und sozialen Leben für die davon betroffenen Bewohner Berlins deutlich erschwert.
- Genossenschaften entsprechen wegen ihrer Rechtsform und der Beteiligung der Mieter/Mitglieder an den Entscheidungen in besonderer Weise unseren Vorstellungen einer demokratischen Gesellschaft.

Liquid Feedback

<https://lqpp.de/be/initiative/show/916.html> (noch nicht abgestimmt)

Konkurrenzanträge

Derzeit keine bekannt.

P-AW #031 - Stadtentwicklung

Grundsatzprogramm für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr / Modul 4 Öffentliche Infrastruktur

Antragsteller: Monika Belz, Fabio Reinhardt

Antragstyp: Programmantrag

Einordnung: Grundsatzprogramm

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 **Antrag**

2 Die Landesmitgliederversammlung des Landesver-
3 bandes Berlin möge die Ergänzung des Grundsatz-
4 programms um den Punkt Stadtentwicklung Bauen
5 und Verkehr, hier Modul Öffentliche Infrastruktur be-
6 schließen:

7 Zentrale Aufgabe der Berliner Politik und Verwaltung
8 ist es, die Infrastruktur im Verkehrswesen, in der Me-
9 dienversorgung sowie der Abfall- und Abwasserbe-
10 handlung sicher zu stellen. Die Ausfallsicherheit ist in
11 jedem Fall durch ein öffentlich frei zugängliches Kon-
12 zept unter Beweis zu stellen. Dies gilt auch bei Teil-
13 privatisierungen.

14 Sämtliche Vorgänge, die zu einem Verkauf von Betei-
15 ligungen oder Landeseigentum führen sind nachvoll-
16 ziehbar und transparent zu gestalten, zu veröffentli-
17 chen und zu archivieren. Die Berliner Piraten spre-

18 chen sich für den Erhalt der anteiligen Beteiligung
19 der Stadt Berlin an Medienversorgungsunternehmen
20 aus, um die geforderte Transparenz und die Informa-
21 tionspflicht zu gewährleisten.

22 Erweiterungen der Infrastruktur bedürfen einer brei-
23 ten Zustimmung der Bevölkerung und sind so zu ge-
24 stalten, dass die Umsetzung einen Gewinn für die Be-
25 völkerung darstellt.

26 **4.1 Verkehr und ÖPNV**

27 Im Zentrum unserer Verkehrspolitik stehen der Aus-
28 bau und die Erhöhung der Attraktivität des öffentli-
29 chen Personennahverkehrs, um den Umstieg vom In-
30 dividualverkehr zu fördern. Jedem Menschen muss es
31 unabhängig von seiner finanziellen Lage und körper-
32 lichen Voraussetzungen möglich sein, an ihm teilzu-
33 nehmen. Da der ÖPNV ein wesentlicher und wichtiger
34 Bestandteil der Mobilität ist, ist dieser von der öffent-
35 lichen Hand finanziell zu stützen. Diese Unterstüt-
36 zung muss zielgerichtet und transparent für den
37 ÖPNV eingesetzt werden. Durch innovative Verkehrs-
38 konzepte kann Berlins Verkehrslast reduziert und die
39 Stadt umweltfreundlicher und erholsamer gestaltet
40 werden. Vorhandene Verkehrsdaten sollten für die Öff-
41 fentlichkeit frei zugänglich, frei nutzbar und in ma-
42 schinenlesbarer Form abrufbar sein.

43 Die Mobilität des einzelnen ist in unserer Stadt ein
44 Merkmal für Lebensqualität und Teilhabe am wirt-
45 schaftlichen, kulturellen und sozialen Leben. Die
46 Nachhaltigkeit der Verkehrsplanung ist angesichts
47 der ökologischen, sozialen und ökonomischen Ent-
48 wicklung unserer Stadt unabdingbar. Der Individual-
49 verkehr ist zu bewahren, wenn er die Lebensqualität
50 der Anwohner nicht in einem unannehmbaren Maße
51 einschränkt. Einschränkungen im Innenstadtbereich
52 sind im Interesse der Anwohner durch Reduzierung
53 des Individualverkehrs aufzuheben.

54 **4.2. Medienversorgung**

55 Alle für die Grundversorgung erforderlichen Medien-
56 leitungen sind anteilig in öffentlicher Hand zu halten,
57 eine Privatisierung wird von den Piraten abgelehnt.
58 Erzeugungsunternehmen ist der diskriminierungs-
59 freie Zugang zu den Verteilungsanlagen zu ermögli-
60 chen. Der Anteil der Betriebskosten hat sich am An-
61 teil der Nutzung zu orientieren. Hierzu zählen wir:

- 62 • Stromversorgungsleitungen
- 63 • Gasversorgungsleitungen
- 64 • Wasserversorgungs- und Abwasserentsor-
65 gungsleitungen
- 66 • Telekommunikationsleitungen

67 **4.3. Abfallentsorgung**

68 Alle in Berlin agierenden Entsorgungsunternehmen,
69 die Aufträge zur Abholung, Lagerung, Verwertung
70 und Vernichtung von Abfällen erfüllen, werden regel-
71 mäßigen Kontrollen durch unabhängige Dritte unter-
72 zogen. Die Kontrollergebnisse sind transparent und
73 für jeden Bürger zugänglich zu veröffentlichen.

74 **4.4. Zugang zu Öffentlicher**

75 **Kommunikation**

76 Der freie Zugang zu Bildung, Wissen und Information
77 ist ein Grundanliegen der Piraten. In der unmittelba-
78 ren lokalen Ebene wie sie unsere Stadt darstellt, ist
79 der Betrieb von freien Bürgerdatennetzen nachhaltig
80 zu unterstützen. Freie Bürgerdatennetze sind aktiv
81 seitens des Landes Berlin durch den Zugang zu städ-
82 tischer Infrastruktur und die Bereitstellung von Be-
83 triebsstrom sowie die Errichtung von Netzknoten zu
84 fördern.

85 Dienstanbieter von offenen, anonymen Netzzugangs-
86 systemen sind rechtlich abzusichern und von der
87 Haftung freizustellen.

88 Bürgerdatennetze

- 89 • ermöglichen ungehinderten Zugang und die
90 Verbreitung von Wissen

- 91 • sind unabhängig von den Interessen kommer-
- 92 zieller Anbieter
- 93 • schaffen ungehinderten Zugang zu Informati-
- 94 onsquellen
- 95 • fördern lokale Sozialstrukturen
- 96 • verhindern die Monopolisierung der Telekom-
- 97 munikation

Begründung/Erläuterung

Bei der Antragerstellung wurden die positiven Meinungsbilder [1] und [2] berücksichtigt.

Für den Punkt 4.4. wurden die Anträge zum BPT 2010.1 [3] und [4] für die kommunale Ebene berücksichtigt.

[1] <https://lqpp.de/be/initiative/show/361.html>

[2] <https://lqpp.de/be/initiative/show/354.html>

[3] http://wiki.piratenpartei.de/Antragsfabrik/F%C3%B6rderung_von_freien_B%C3%BCrgerdatennetzen

[4] http://wiki.piratenpartei.de/Archiv:2010/Bundesparteitag_2010.1/Antragsfabrik/Haftungsfreiheit_f%C3%BCr_Betreiber_offener_anonymer_Netzzugangssysteme_-_Version_1

Liquid Feedback

<https://lqpp.de/be/initiative/show/917.html> (noch nicht abgestimmt)

Konkurrenzanträge

Derzeit keine bekannt.

P-AX #032 - Stadtentwicklung

Grundsatzprogramm für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr / Modul 5 Zugang zu städtebaulichen Informationen und Verfahren

Antragsteller: Monika Belz, Fabio Reinhardt

Antragstyp: Programmantrag

Einordnung: Grundsatzprogramm

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 **Antrag**

2 Die Landesmitgliederversammlung des Landesver-
3 bandes Berlin möge die Ergänzung des Grundsatz-
4 programms um den Punkt Stadtentwicklung Bauen
5 und Verkehr, hier Modul Zugang zu städtebaulichen
6 Informationen und Verfahren beschließen:

7 Unter verstärktem Einsatz neuer Kommunikations-
8 medien ist die Information und die Beteiligung der
9 Bevölkerung zu gewährleisten, hierbei sind, neben
10 den üblichen öffentlichen Bekanntmachungen, Betei-
11 ligungsverfahren für die Bevölkerung transparent im
12 frei zugänglichen Internet zu führen. Dadurch haben
13 die Bewohner unserer Stadt unabhängig von Ort und
14 Zeit die Möglichkeit, sich stärker einzubinden. Gleich-
15 zeitig können so Planungs- und Ausschreibungspro-
16 zesse transparent dargestellt werden.

17 Jedem Bewohner Berlins ist der freie Zugang zu Pla-
18 nungsunterlagen und Planungsinformationen der Öff-
19 fentlichen Hand zu gewährleisten, um jedem frühzei-
20 tig die Beteiligung am Informations-, Entwicklungs-
21 und Entscheidungsprozess zu ermöglichen. Dieser
22 freie Zugang zu Planungsunterlagen soll zum einen
23 über den herkömmlichen analogen Weg, zum ande-
24 ren aber auch über den neuartigen digitalen Weg er-
25 möglicht werden.

Begründung/Erläuterung

Keine Begründung/Erläuterung angegeben.

Liquid Feedback

<https://lqpp.de/be/initiative/show/918.html> (noch nicht abgestimmt)

Konkurrenzanträge

Derzeit keine bekannt.

P-AY #033 - Integration

Grundsatzprogramm für Integrations- und Migrationspolitik

Antragsteller: Monika Belz, Fabio Reinhardt, Eberhard Zastrau
Antragstyp: Programmantrag
Einordnung: Grundsatzprogramm

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 Antrag

2 Folgender Text wird dem Grundsatzprogramm in ei-
3 nem Abschnitt "Integrations- und Migrationspolitik"
4 hinzugefügt:

5 *Integrations- und Migrationspolitik*

6 Die Berliner Piraten setzen sich uneingeschränkt für
7 die demokratische und kulturelle Teilhabe jedes Ein-
8 zeln, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, sexu-
9 eller Identität, Lebensalter, religiöser Überzeugung,
10 körperlicher, geistiger oder finanzieller Leistungsfä-
11 higkeit, ein. Das Ziel von Integration ist das friedliche
12 Zusammenwachsen zu einer Gemeinschaft, in der
13 alle Menschen über die gleichen Möglichkeiten und
14 Startchancen verfügen. Die Verantwortung für Gelin-
15 gen oder Scheitern dieses Prozesses obliegt der Ge-
16 samtheit unserer Gesellschaft und damit jedem Ein-
17 zeln.

18 Solidarität und Verständigung zwischen allen Men-
19 schen, unabhängig von ihrem rechtlichen Status und
20 ihrer Herkunft, sind für uns ein hohes Gut. Rassis-
21 mus, Ausländerfeindlichkeit und andere Formen der
22 Ausgrenzung lehnen wir ab. Bestehende Restriktio-
23 nen und Benachteiligungen müssen beseitigt und
24 ausgeglichen werden. Berlin lebt von der Vielfalt sei-
25 ner Einwohner und übt dabei auch eine bundesweite
26 Vorbildfunktion aus.

27 Die Bürgerrechte sind auf alle Menschen auszudeh-
28 nen, die in Berlin ihren Lebensmittelpunkt haben. Be-
29 stehende Regelungen, die diese Freiheiten unverhält-
30 nismäßig einschränken, sind durch menschenrechts-
31 kompatible Gesetzgebungen zu ersetzen.

32 ***Demokratische Beteiligung***

33 Kein Mensch darf von der Beteiligung an demokrati-
34 schen Entscheidungen, von deren Folgen er unmittel-
35 bar betroffen ist, ausgeschlossen werden. Deshalb
36 haben alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in
37 Berlin haben, das Recht auf demokratische Mitbe-
38 stimmung auf allen Ebenen der städtischen Politik.

39 Dafür ist die Möglichkeit des Erwerbs der deutschen
40 Staatsangehörigkeit deutlich zu erleichtern. Der Er-
41 werb der Staatsangehörigkeit durch Geburt in
42 Deutschland ist anzustreben. Darüber hinaus setzen
43 wir uns für ein bezirkliches Wahlrecht ein, das die EU-
44 Staatsangehörigkeit nicht voraussetzt.

45 ***Freizügigkeit***

46 Die im Grundgesetz verankerte Freizügigkeit soll für
47 alle Menschen in unserer Gesellschaft gelten. Jeder
48 hat das Recht zur freien Wahl des Wohn- und Aufent-
49 haltortes, daher sprechen wir uns gegen migrations-
50 verhindernde Maßnahmen auch außerhalb der Gren-
51 zen unseres Bundeslandes aus.

52 ***Freier Zugang zu Bildung und Wissen***

53 Der freie Zugang zu Informationen, Wissen und Bil-
54 dung ist Grundlage für die Teilhabe jedes Einzelnen
55 an unserer Gesellschaft. Dieser Zugang ist uneinge-
56 schränkt für alle Menschen, die in Berlin ihren Le-
57 bensmittelpunkt haben, zu gewährleisten. Um dies
58 zu ermöglichen sind eventuelle Hindernisse wie
59 Pflichten zur Datenübermittlung von Schulkindern
60 oder Ausbildungsverbote für Asylsuchende und ge-
61 duldete Flüchtlinge zu beseitigen.

62 Das Beherrschen der deutschen Sprache ist eine
63 Schlüsselqualifikation für Austausch, Verständigung
64 und demokratische Beteiligung für alle in unserer Ge-
65 sellschaft lebenden Menschen und erleichtert die In-
66 tegration. Mehrsprachigkeit ist jedoch ein zusätzli-
67 cher Gewinn für die Gesellschaft. Daher sind im Bil-
68 dungssystem der Spracherwerb in der jeweiligen
69 Erstsprache und in weiteren Sprachen zu fördern und
70 umfangreiche Möglichkeiten für einen mehrsprachi-
71 gen Unterricht auf freiwilliger Ebene zu schaffen.

72 In öffentlichen Einrichtungen sollte der kostenfreie
73 Zugang zu traditionellen und neuen Medien gewähr-
74 leistet werden. Dies gilt auch für die so genannten
75 Gemeinschaftsunterkünfte und Erstaufnahmeeinrich-
76 tungen.

77 ***Zugang zum Arbeitsmarkt***

78 Die Beteiligung am sozialen und kulturellen Leben
79 steht und fällt mit der Möglichkeit, sich im Arbeits-
80 und Wirtschaftsleben zu etablieren. Daher setzen wir
81 uns generell für einen gleichberechtigten Zugang
82 zum Arbeitsmarkt für alle Menschen, die in Berlin ih-
83 ren Lebensmittelpunkt haben, ein. Dies schließt die
84 Gewährung einer uneingeschränkten Arbeitserlaub-
85 nis für Asylsuchende und geduldete Flüchtlinge und
86 die weiterreichende Anerkennung von Qualifikations-
87 nachweisen aus dem Heimatland mit ein.

Begründung/Erläuterung

Im Squad Interkulturelle Integrationspolitik und im Squad Grundsatzprogramm wurde ein Entwurf für ein integrations- und migrationspolitisches Programm entworfen und in Liquid Feedback eingestellt. In der Initiative 820 [1] wurde ein positives Meinungsbild über diesen Entwurf hergestellt. Nach weiteren Gesprächen und Rücksprache mit dem Flüchtlingsbeirat Berlin wurde der Antrag noch um einige wenige Sätze erweitert.

Zum Inhalt: Dieser Antrag ist progressiv und liberal. Integrationspolitik wird explizit nicht als die Frage verstanden, wer sich wem anpassen muss, sondern wie ein friedlicher Prozess des Zusammenwachsens zu einer Gemeinschaft erreicht werden kann, in der alle Menschen über optimale Möglichkeiten und Startchancen verfügen. Integrationspolitik ist damit für die Antragssteller zu unterscheiden von spezifischer Ausländerpolitik und als gesamtgesellschaftliche Angelegenheit und Aufgabe zu betrachten. Daher werden im ersten Satz auch zahlreiche andere Gruppen mit genannt, für deren Wohlergehen es empfehlenswert sein wird, im Wahlprogramm Vorschläge zu machen. Da die Überschneidungen und Ergänzungseffekte zwischen Integrations- und Migrationspolitik jedoch trotz alledem erheblich sind, wurde ein gemeinsamer Punkt ausgearbeitet.

[1] <https://lqpp.de/be/initiative/show/820.html>

Liquid Feedback

<https://lqpp.de/be/initiative/show/820.html> (nicht identisch)

Ja:	91
Enthaltung:	8
Nein:	11

Angenommen

Konkurrenzanträge

P-AY #038 - Integration

Grundsatzprogramm für Integrations- und Migrationspolitik (Variante) - Seite 93

P-AY #038 - Integration

Grundsatzprogramm für Integrations- und Migrationspolitik (Variante)

Antragsteller: Arne Müller, Georg von Boroviczeny
Antragstyp: Programmantrag
Einordnung: Grundsatzprogramm

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 **Antrag**

2 Folgender Text wird dem Grundsatzprogramm in ei-
3 nem Abschnitt „Integrations- und Migrationspolitik“
4 hinzugefügt:

5 **Integrations- und Migrationspolitik**

6 In Berlin leben viele Immigranten und Asylbewerber,
7 deren Integration zu fördern ist. Wir sehen alle Men-
8 schen als gleichwertig an, wobei der kulturelle Bei-
9 trag eines jeden einen Mehrwert für unsere Gesell-
10 schaft bedeutet. Integration ist die Einbindung aller
11 hier lebenden Menschen in die hiesige Gesellschaft
12 und die Verhinderung von ethnischen, kulturellen und
13 sozialen Segregationseffekten.

14 Aktive Bemühungen zur Integration der Migranten
15 sind eine wichtige Aufgabe für unsere Gesellschaft
16 und Teil der Bemühungen zur Integration aller ausge-
17 grenzter Bevölkerungsteile. Immigration und Integra-
18 tion verlangen dabei Einsatz und Verpflichtung so-

19 wohl von der aufnehmenden Gesellschaft als auch
20 von den Hinzukommenden. Alle hier lebenden Men-
21 schen müssen sich dem hiesigen Recht unterwerfen,
22 werden durch dieses aber auch geschützt. Insbeson-
23 dere dürfen sie nicht wegen Herkunft, Religion oder
24 Kultur diskriminiert werden. Gesellschaftliche Teilha-
25 be ist wesentlicher Bestandteil von Integration.

26 ***Demokratische Beteiligung***

27 Kein Mensch darf von der Beteiligung an Entschei-
28 dungen, von deren Folgen er unmittelbar betroffen
29 ist, ausgeschlossen werden. Deshalb haben alle Men-
30 schen, die ihren Lebensmittelpunkt in Berlin haben,
31 das Recht auf demokratische Mitwirkung auf allen
32 Ebenen der städtischen Politik. Dafür ist die Möglich-
33 keit des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit
34 deutlich zu erleichtern. Der Erwerb der Staatsange-
35 hörigkeit durch Geburt in Deutschland ist anzustre-
36 ben. Darüber hinaus setzen wir uns für ein bezirkli-
37 ches Wahlrecht ein, das die EU-Staatsangehörigkeit
38 nicht voraussetzt.

39 ***Freizügigkeit***

40 Die im Grundgesetz verankerte Freizügigkeit soll für
41 alle Menschen in unserer Gesellschaft gelten. Jeder
42 hat das Recht zur freien Wahl des Wohn- und Aufent-
43 haltortes, daher sprechen wir uns gegen migrations-
44 verhindernde Maßnahmen auch außerhalb der Gren-

45 zen unseres Bundeslandes aus. Die Verteilung von
46 Asylsuchenden auf die gesamte Bundesrepublik soll
47 dabei weiterhin unter dem Aspekt der Integration
48 möglich sein. Den Wünschen und Vorstellungen der
49 Betroffenen soll dabei aber nach Möglichkeit vorran-
50 gig entsprochen werden.

51 ***Freier Zugang zu Bildung und Wissen***

52 Der freie Zugang zu Informationen, Wissen und Bil-
53 dung ist Grundlage für die Teilhabe jedes Einzelnen
54 an unserer Gesellschaft. Dieser Zugang ist uneinge-
55 schränkt für alle Menschen, die in Berlin ihren Le-
56 bensmittelpunkt haben, zu ermöglichen. In öffentli-
57 chen Einrichtungen soll der kostenlose Zugang zu
58 traditionellen und neuen Medien gewährleistet wer-
59 den.

60 Die Beherrschung der gemeinsamen Sprache ist eine
61 Schlüsselqualifikation für alle in einer Gesellschaft
62 zusammenlebenden Menschen und absolute Notwen-
63 digkeit für gelingende Integration. Das Erlernen der
64 deutschen Sprache muss aktiv gefördert werden. Ins-
65 besondere sollen Kinder fremdsprachiger Herkunft
66 durch den Besuch von deutschsprachigen Kitas und
67 Grundschulen gefördert werden. Damit wird die al-
68 tersbedingte Fähigkeit der Kinder zum Spracherwerb
69 genutzt.

70 **Zugang zum Arbeitsmarkt**

71 Die Beteiligung am sozialen und kulturellen Leben
72 steht und fällt mit der Möglichkeit, sich im Arbeits- im
73 Wirtschaftsleben zu etablieren. Daher setzen wir uns
74 generell für einen gleichberechtigten Zugang zum
75 Arbeitsmarkt für alle Menschen, die in Berlin ihren
76 Lebensmittelpunkt haben, ein. Dies schließt die Ge-
77 währung einer uneingeschränkten Arbeitserlaubnis
78 ein.

Begründung/Erläuterung

Dieser Antrag ist als Reaktion auf den Integrationsantrag, der in Initiative 820 [1] eingestellt ist, entstanden. Entwickelt wurde der Antrag durch die Crews Enterprise und Tiberia aus Steglitz-Zehlendorf, indem der Antrag aus LF angepasst wurde. Nach einem Treffen mit Autoren des anderen Integrationsantrages, haben diese ihren Antrag modifiziert und sind damit auf einige unserer Kritikpunkte eingegangen. Dennoch ist eine unterschiedliche Fokussierung der Anträge erhalten geblieben, weswegen wir diesen Antrag als Gegenantrag eingereicht haben.

Zum Inhalt: Als wesentlicher Unterschied ist dieser Antrag konkreter und geht stärker auf das Thema der Integration von Immigranten ein. Dies geht aus der komplett neu entwickelten Präambel hervor. Da alle Abschnitte des Antragstextes sich auf die Integration von Migranten beziehen, ist es nur konsistent, wenn auch schon die Präambel einen entsprechenden Fokus setzt. Wesentlichster Zusatzinhalt in der Präambel ist die Aussage, dass auch an Immigranten Forderungen für Integrationsbemühungen gestellt werden sollen. Eine allgemein gehaltene Präambel kann nur sehr allgemeine und entsprechend unpräzise Aussagen treffen.

Weitere Unterschiede bestehen in dem Abschnitt zu Bildung und Wissen. Hier liegt der Fokus auf dem Erlernen einer gemeinsamen Sprache. Mehrsprachigkeit wird nicht explizit erwähnt, da das eher eine Forderung für das Bildungsprogramm ist und nur indirekt was mit Integration zu tun hat.

[1] <https://lqpp.de/be/initiative/show/820.html>

Liquid Feedback

<https://lqpp.de/be/initiative/show/911.html> (noch nicht abgestimmt)

Konkurrenzanträge

P-AY #033 - Integration

Grundsatzprogramm für Integrations- und Migrationspolitik - Seite 88

P-AZ #035 - Polizei

Individuelle Kennzeichnungspflicht für Polizei-Beamte

Antragsteller: Eberhard Zastrau

Antragstyp: Programmantrag

Einordnung: Wahlprogramm

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 **Antrag**

2 Die Landesmitgliederversammlung des LV Berlin
3 möge für das neue Wahlprogramm folgenden Absatz
4 beschließen:

5 **Individuelle Kennzeichnungspflicht für**

6 **Polizei-Beamte**

7 Das Fehlverhalten einzelner Polizeibeamter schädigt
8 das Ansehen der Polizei insgesamt. Deshalb setzen
9 sich die Berliner Piraten dafür ein, dass Polizei-Beam-
10 te eine anlassbezogene individuelle Kennzeichnung
11 tragen, die eine Zuordnung individuellen Handelns
12 der Polizei zum jeweils handelnden Beamten ermögli-
13 chen.

Begründung/Erläuterung

Im Bundes-Liquid war diese Initiative erfolgreich:

"Die Piratenpartei Deutschland unterstützt offiziell die Online- Kampagne von Amnesty International "Mehr Verantwortung bei der Polizei". D.h. die Kampagne wird auf unserer Webpage verlinkt und es wird Werbung dafür gemacht. Artikel zum Thema können auf der Webpage veröffentlicht werden Die Kampagne gliedert sich in 3 Teile und ist hier einzusehen: [1]

In dieser Initiative wird über folgende Abgestimmt: "Individuelle Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte"

Aus dem Positionspapier von Amnesty International:

Fünf gute Gründe für eine individuelle Kennzeichnungspflicht

- 1. Durch eine individuelle Kennzeichnung tragen Polizisten zu einer erhöhten Transparenz polizeilicher Arbeit, zur Einhaltung internationaler Standards und zur Legitimation bei. Rechenschaftspflicht und die Verhinderung von Strafflosigkeit sind Grundprinzipien moderner demokratischer Gesellschaften.
- 2. Durch eine Kennzeichnung tritt die Polizei selbstbewusst in der Öffentlichkeit auf und das Verhältnis zu Bürgerinnen und Bürgern verbessert sich. Die wichtige Arbeit der Polizei kann durch persönlichen Bezug mehr Anerkennung erfahren.
- 3. Durch eine bessere Identifizierbarkeit werden Polizisten in ihrer täglichen Arbeit vor falschen Anschuldigungen geschützt, da diese besser von Zeugen identifiziert werden können und ihre Entlastung sowie die Anerkennung guter Arbeit dadurch einfacher wird. Zudem wird es leichter, "schwarze Schafe" in der mehrheitlich gute Arbeit leistenden Polizei zu identifizieren und zur Verantwortung zu ziehen. Auch dadurch wird das gute Ansehen der Polizei gestärkt.
- 4. Eine gute Regelung wäre auch, es den Polizisten freizustellen, ob sie - abhängig vom jeweiligen Einsatz - eine Nummernkennzeichnung oder ein Namensschild tragen möchten. Namensschilder fördern eine persönlichere und damit günstigere Kommunikationsbasis, insbesondere bei konfliktbeladenen Anlässen.
- 5. Wo große Gruppen von Menschen anonym und konfliktbeladen aufeinandertreffen, droht stets eine Gewaltentladung. Diese psychologische Erkenntnis gilt auch für Polizisten bei Demo- oder Fußballereinsätzen. Dabei schwächt die Anonymität die eigene Affektbeherrschung und Selbstkontrolle. Eine Kennzeichnung wirkt dem entgegen."

eine Initiative dieses Inhalts wurde im Bundes-Liquid gestellt und war dort erfolgreich:

<<http://pplf.de/i103>> (angenommen mit Ja: 622 · Enthaltung: 26 · Nein: 26)

[1] <http://www.amnestypolizei.de/kampagne/mission.html>

Liquid Feedback

Keine Initiative angegeben.

Konkurrenzanträge

Derzeit keine bekannt.

O-AA #006 - Kandidaten

Ablauf der Aufstellung für Kandidaten zum Abgeordnetenhaus und der BVVen zur Wahl 2011

Antragsteller: Christopher Lauer

Antragstyp: Sonstiger Antrag

angenommen

abgelehnt

mit Änderungen angenommen

zurückgezogen

1 **Antrag**

2 Die Aufstellung für Kandidaten zur Abgeordnetenhauswahl und Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung 2011 ist wie folgt strukturiert:

5 1. Für die Wahl zum Abgeordnetenhaus gibt es
6 eine Landesliste, die Kandidaten für diese
7 werden auf einer Landesmitgliederversammlung gewählt. Der Landesvorstand wird damit
8 beauftragt, die Landeswahlleiterin in einem
9 formlosen Brief über diese Entscheidung zu
10 informieren. (Brief ergibt sich aus Landeswahlgesetz)

13 2. Direktkandidaten zur Abgeordnetenhauswahl
14 werden von den entsprechenden Gebietsversammlungen aufgestellt, hierbei entscheidet
15 die jeweilige Gebietsversammlung, ob sie
16 überhaupt Kandidaten aufstellen möchte.
17

- 18 3. Die Bezirkswahlvorschläge für die Bezirksver-
19 ordnetenversammlung werden von den Ge-
20 bietsversammlungen aufgestellt.

Begründung/Erläuterung

Momentan scheint einige Unklarheit darüber zu herrschen, wer wann was wie aufstellen darf/soll/muss. Diese Initiative soll Klarheit in das Wirrwarr aus Vermutungen bringen.

Warum Landesliste?

Nach § 10 Landeswahlgesetz Berlin hat eine Partei die Möglichkeit, zur Abgeordnetenhauswahl eine Landes- oder eine Bezirksliste einzureichen. Die Zweitstimmen würden also entweder einer Bezirksliste oder einer Landesliste zugerechnet werden.

Hier bin ich ganz klar für eine Landesweite Liste, da ansonsten Piraten, die in Bezirken mit geringer Piratenwählerschaft wohnen schlechte Chancen hätten, ins Abgeordnetenhaus einzuziehen. Auch macht die Landesweite Liste uns allen klar, dass wir an einem Strang ziehen müssen um ins Abgeordnetenhaus zu gelangen. Ich lehne Bezirkslisten ab, obwohl starke Bezirke wie Pankow davon profitieren würden, weil ich der Meinung bin, dass diese zu unnötigen Spannungen innerhalb des Landesverbandes führen würden.

Auch ist das Sammeln von Unterschriften einfacher: Für die Landesliste brauchen wir 2200 Unterschriften, die Theoretisch auch alle aus Friedrichshain stammen könnten, bei Bezirkslisten benötigt jede Liste 185 Unterschriften aus dem jeweiligen Bezirk.

Wieso Direktkandidaten?

Direktkandidaten verschaffen den Piraten ein Gesicht. Wir haben die Möglichkeit ganz anders Wahlkampf zu machen. Hierbei soll jeder Bezirk für sich entscheiden können ob er Direktkandidaten aufstellt oder nicht. Allerdings sollen auch Bezirke die gegen das Aufstellen von Direktkandidaten sind die Entscheidung der Bezirke, die Direktkandidaten aufstellen wollen respektieren. Die Direktkandidaten sollen von der entsprechenden Gebietsversammlung aufgestellt werden.

Insbesondere sollen sich Gebietsversammlungen nicht genötigt fühlen Kandidaten aufzustellen, von denen sie nicht überzeugt sind. Die Kandidatur für ein Direktmandat ist sowohl für die Kandidaten, als auch für die Piraten die das mittragen müssen eine schwerwiegende Entscheidung. Sie ist bewusst zu treffen.

Bezirkswahlvorschläge für BVV von Gebietsversammlungen?

Das ergibt sich so aus § 23 Abs. 2 Satz 1 Landeswahlgesetz: „Über die Bezirkswahlvorschläge einer Partei oder einer Wählergemeinschaft hat eine Versammlung der Mitglieder geheim abzustimmen, die in dem Bezirk wahlberechtigt sind oder der bezirklichen Gliederung der Partei oder Wählergemeinschaft angehören.“

Das heißt die Gebietsversammlungen stimmen über die Zusammensetzung der jeweiligen Liste für die entsprechende BVV ab. Kandidieren kann jeder, d.h. ein Pirat aus Charlottenburg kann auch in Mitte kandidieren, allerdings darf man insgesamt nur für eine BVV kandidieren.

Haben wir überhaupt genug Leute?

Insgesamt wird es knapp, allerdings kann man gleichzeitig sowohl für die BVV, als auch für die Liste für das Abgeordnetenhaus, als auch direkt kandidieren.

Rechtliche Grundlagen:

Gesetz über die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen (Landeswahlgesetz)

<http://www.wahlen-berlin.de/wahlen/rechtsgrundlagen/lwg-neu.htm>

Wahlordnung für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen (Landeswahlordnung - LWO)

<http://www.wahlen-berlin.de/wahlen/rechtsgrundlagen/lwo-neu.htm>

Liquid Feedback

<https://lqpp.de/be/initiative/show/795.html>

Ja: **86**

Enthaltung: **16**

Nein: **3**

Angenommen

Konkurrenzanträge

O-AA #015 - Kandidaten

Antrag betreffend die Wahl zum Abgeordnetenhaus 2011 – Seite 102

O-AA #015 - Kandidaten

Antrag betreffend die Wahl zum Abgeordnetenhaus 2011

Antragsteller: Georg von Boroviczeny

Antragstyp: Sonstiger Antrag

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 **Antrag**

2 Die LMV möge beschließen

3 1. zur Abgeordnetenhauswahl 2011 wird eine
4 Landesliste aufgestellt

5 2. dabei sollen, sofern es KandidatInnen gibt,
6 aus jedem Bezirk welche aufgestellt werden

7 3. es soll eine Kandidatenliste im Wiki erstellt
8 werden

9 4. die Kandidaten eines Bezirks können (müssen
10 aber nicht) von einer Bezirksversammlung be-
11 nannt werden

Begründung/Erläuterung

da für die BVVs sowieso eine Bezirksversammlung notwendig ist, kann diese auch über die Listenvertreter beschließen

Begründung:

zu 1.) war in der Ankündigung/Plattform zur Wahl (Christopher Lauer) nicht so klar übergekommen, nur eine Empfehlung dafür; da aber die Potenz der einzelnen Bezirke fraglich erscheint, ist eine Landesliste sinnvoll

zu 2.) es gibt Bezirke mit vielen Piraten, andere mit deutlich weniger; ohne ein 'Quorum' kann nicht die ganze Stadt vertreten sein/werden

zu 3.) wie üblich zu Wahlen

zu 4.) offen, damit bei Fehlen von Kandidat(en) für einen Stadtbezirk es noch bei der Listenaufstellung 'Nachnominierungen' geben können soll.

Liquid Feedback

<https://lqpp.de/be/initiative/show/898.html>

Ja: **31**

Enthaltung: **9**

Nein: **40**

Nicht angenommen

Konkurrenzanträge

O-AA #006 - Kandidaten

Ablauf der Aufstellung für Kandidaten zum Abgeordnetenhaus und der BVVen
zur Wahl 2011 – Seite 99

O-AB #037 – Umgang in der Partei

Selbstverpflichtung: Umgang miteinander innerhalb der Piratenpartei Berlin

Antragsteller: Monika Belz, Andreas Pittrich, Lena Rohrbach

Antragstyp: Sonstiger Antrag

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 **Antrag**

2 Die Berliner Piraten verpflichten sich, folgende
3 Grundsätze des Umgangs miteinander zu beachten:

4 **Selbstverpflichtung**

5 Die Piratenpartei Berlin tritt dafür ein, dass niemand
6 aufgrund seiner Staatsangehörigkeit, seines sozialen
7 Standes, seiner Herkunft, seiner ethnischen Zugehö-
8 rigkeit, seines Geschlechtes, seines Alters, der sexu-
9 ellen Orientierung oder Identität oder des Bekennt-
10 nisses diskriminiert wird. Als PIRATEN setzen wir die-
11 sen Anspruch auch für unseren Umgang untereinan-
12 der um, dies gilt sowohl für Treffen als auch für alle
13 Kommunikationsbereiche.

14 Wir distanzieren uns von Diskriminierung und Chau-
15 vinismus jeder Art und halten fest, dass Sexismus,
16 Homophobie, Rassismus und andere Arten der Aus-
17 grenzung in der Partei nicht geduldet werden. Alle
18 Mitglieder der Piratenpartei sind aufgefordert, ihr ei-
19 genes Verhalten entsprechend zu überprüfen, gege-

20 benenfalls an ihm zu arbeiten sowie Personen, die
21 ein solches Verhalten an den Tag legen, anzuspre-
22 chen, über die Wirkungen ihres Verhaltens aufzuklä-
23 ren und aufzufordern, ihr Verhalten zu ändern. Dabei
24 ist Sachlichkeit und Fairness an den Tag zu legen und
25 allen Beteiligten das Recht zur Dar- und Klarstellung
26 einzuräumen.

27 Wir verpflichten uns, dafür Sorge zu tragen, dass ein
28 Klima des Umgangs miteinander vorherrscht, das es
29 allen ermöglicht, sich gleichberechtigt und ohne
30 Angst einzubringen.

31 Wir PIRATEN wollen weder unsere Mitglieder noch an-
32 dere Menschen in Schubladen stecken. Jeder Mensch
33 ist ein einzigartiges Individuum, dessen Individualität
34 zu respektieren und zu unterstützen ist. Bei der Nut-
35 zung unserer Kommunikationskanäle und bei unse-
36 ren Treffen sollten diese Grundsätze vorbehaltlos um-
37 gesetzt werden, um einer ungewollten Kategorisie-
38 rung entgegenzusteuern. Davon unberührt ist die ei-
39 gene Freiheit, für sich die Zugehörigkeit zu einer
40 Gruppe zu definieren.

41 Wir sind uns dessen bewusst, dass wir bereits erfolg-
42 te Diskriminierungen weder ausgleichen noch unge-
43 schehen machen können. Die Piratenpartei Berlin
44 verpflichtet sich, innerparteiliche Strukturen zu
45 schaffen und zu fördern, die Diskriminierungsmecha-

- 46 nismen den Boden entziehen. Zudem sind neben den
47 zuständigen Vorständen parteiinterne Anlaufstellen
48 zu schaffen, die die Bewältigung von entsprechenden
49 Vorgängen unterstützen.
- 50 Jeder PIRAT ist aufgerufen, sich jeden Tag die Grund-
51 sätze unserer Satzung ins Gedächtnis zu rufen und
52 beim Umgang mit anderen zu beachten.

Begründung/Erläuterung

Dieser Antrag ist eine Initiative der "Taskforce Genderdebatte" ([1]), die sich als Reaktion auf die sog. "Genderdebatte" gründete und zum Ziel hat, sich selbst abzuschaffen, indem sie evtl. vorhandene Probleme (seien diese nun tatsächlich vorhandene Diskriminierungen innerhalb der Partei oder nur eine fehlerhafte Außenwirkung, es gäbe diese) identifiziert, analysiert und löst bzw. wenigstens Grundlagen schaffen, auf denen andere Piraten aufbauen können, um sie zu lösen. Eine Selbstverpflichtung, auf die im Falle von Diskriminierungen verwiesen werden kann und die uns auf einen fairen Umgang miteinander verpflichtet, ist ein Schritt auf diesem Weg.

[1] http://wiki.piratenpartei.de/Taskforce_Genderdebatte

<https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/1224.html> (Bundes-LF)

Liquid Feedback

Keine Initiative angeben.

Konkurrenzanträge

Derzeit keine bekannt.

Z-AA #016 - Schwarzfahrer

Abschaffung des 'Schwarzfahrerparagrafen' (§ 265a Erschleichen von Leistungen)

Antragsteller: Georg von Boroviczeny

Antragstyp: Sonstiger Antrag

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 **Antrag**

- 2 Die Piratenpartei Berlin befürwortet die Streichung
3 von dem Ausdruck 'die Beförderung durch ein Ver-
4 kehrsmittel' aus dem § 265a StGB, Erschleichen von
5 Leistungen.

Begründung/Erläuterung

Schwarzfahren ist ein täglich vieltausendfach begangenes und mehrtausendfach geahndetes ('erhöhtes Beförderungsentgelt', 40 €) Delikt; dagegen wird es eher selten strafrechtlich (§ 265a Erschleichen von Leistungen: Wer die Leistung eines Automaten oder eines öffentlichen Zwecken dienenden Telekommunikationsnetzes, die Beförderung durch ein Verkehrsmittel oder den Zutritt zu einer Veranstaltung oder einer Einrichtung in der Absicht erschleicht, das Entgelt nicht zu entrichten, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft, wenn die Tat nicht in anderen Vorschriften mit schwererer Strafe bedroht ist...) verfolgt oder geahndet; und wenn, dann hat das mehr einen Rachecharakter, ich sehe keinen Nutzen oder eine präventive Wirkung in dieser Strafvorschrift. Daher sollte zumindest der Teil über die Beförderung durch ein Verkehrsmittel (die anderen 'Verfehlungen' habe ich noch nicht -z.B.- in der Presse- wahrnehmen können) gestrichen werden. Wohlge-merkt, ich will damit nicht für ein Schwarzfahren werben (andere Finanzierungsme-thoden für den ÖPNV wären ein gesondertes Thema/Themengebiet/AG wert!), son-derm ich finde, dass die PP sich auch bezüglich unsinniger oder tendenziöser (ver-folgt in diesem Fall werden am ehesten Mittellose, 'Penner' usw., RACHEGEDANKE) Gesetze positionieren soll. Es handelt sich zwar dabei um ein Bundesgesetz, ist aber für Berlin (BVD, S-Bahn) bedeutend.

Liquid Feedback

<https://lqpp.de/be/initiative/show/229.html>

Ja: **35**
Enthaltung: **14**
Nein: **21**

Angenommen

Konkurrenzanträge

Derzeit keine bekannt.

Z-AB #007 - Drogen

Positionspapier der AG Drogen

Antragsteller: Georg von Boroviczeny

Antragstyp: Sonstiger Antrag

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 **Antrag**

2 Die Landesmitgliederversammlung möge als Positi-
3 onspapier beschließen:

4 Die Veränderung der Gesetzgebung in der Drogenfra-
5 ge ist ein absehbarer, langfristiger Prozess. Folgende,
6 wesentliche Forderungen sind als einleitende Sofort-
7 maßnahmen aber schnellstmöglich umzusetzen:

8 1. Entkriminalisierung von Erwerb und Besitz: Er-
9 werb und Besitz von mindestens 3 durch-
10 schnittlichen Tagesdosen einer jeglichen Dro-
11 ge müssen legal sein.

12 2. Drugchecking muss jedem ohne Probleme und
13 rechtliche Befürchtungen zugänglich sein. Ein-
14 richtungen dafür sind von jeglicher Exekutive
15 auf Bundes-, Landes oder kommunaler Ebene
16 getrennt zu halten, jedoch finanziell soweit zu
17 fördern, dass jedem der Zugang dazu gratis
18 oder gegen eine Anerkennungsgebühr ermög-
19 licht wird.

20 3. Die Regelung therapeutischer Anwendung von
21 Drogen unterliegt der fachlichen Kontrolle
22 ärztlicher oder sonstiger, qualifizierter Institu-
23 tionen und sind daher nicht gesetzgeberisch
24 eigens zu regulieren; Therapeut und aufge-
25 klärter, volljähriger Patient vereinbaren das in
26 diesem Rahmen verantwortlich für sich. Für
27 Kinder und Jugendliche kann ein Einwilligungs-
28 vorbehalt des Familiengericht verfasst wer-
29 den.

Begründung/Erläuterung

Dies ist eine Ergänzung zur Initiative: „Drogenpolitisches Grundsatzprogramm der PIRATENPARTEI Deutschland“ (Thema #466, <https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/1031.html>), um wichtige Positionen und Forderungen baldmöglichst durchzusetzen.

Diese Position ist innerhalb der AG Drogen diskutiert und abgestimmt worden.

Ergänzung

Es wurde angeregt, auch den Eigenanbau von Cannabis als Forderung aufzunehmen; nach eingehender Diskussion (auch mit dem Hanfverband) wird davon abgesehen, da es bezüglich einer tolerablen Menge (es kann ja nicht ununterbrochen, sozusagen für den Tagesbedarf, geerntet werden) keine vernünftige Grenze angegeben werden kann, die nicht auch für einen gewerblichen Handel sprechen könnte.

<https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/1075.html> (Noch nicht abgestimmt.)

Liquid Feedback

Keine Initiative bekannt.

Konkurrenzanträge

Derzeit keine bekannt.

Z-AC #017 - BGE

Positionspapier zum Bedingungslosen Grundeinkommen

Antragsteller: Frank Mai
Antragstyp: Sonstiger Antrag

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 **Antrag**

2 Die Landesmitgliederversammlung möge folgendes
3 Positionspapier beschließen:

4 **Freiheit - Gleichheit - Grundeinkommen**

5 **"Klarmachen für das Bedingungslose**

6 **Grundeinkommen!"**

7 **1. Einleitung**

8 Die alte Bismarcksche Sozialpolitik aus der Industrie-
9 gesellschaft ist in der Bundesrepublik Deutschland in
10 eine Sackgasse geraten. Eine tiefe Verunsicherung
11 hat spätestens seit der Agenda2010 weite Teile der
12 Bevölkerung erfasst. Etliche Reformen der letzten
13 drei Jahrzehnte führten zu mehr Druck auf Erwerbslo-
14 se, unwürdigen Arbeits- und Zwangsmaßnahmen so-
15 wie zu schlecht bezahlten Jobs. Selbst gut Ausgebil-
16 deten, Akademikern und deren Familien droht ein Le-
17 ben in prekären Arbeitsverhältnissen mit fatalen Fol-
18 gen für die staatlichen Versicherungssysteme. Die
19 Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung hän-

20 gen direkt vom Erwerbseinkommen ab und können
21 nur von diesem schon seit Jahren nicht mehr finan-
22 ziert werden. Da eine Vollbeschäftigung nicht mehr
23 erreichbar zu sein scheint, ist die Krise des Sozialsys-
24 tems durch herkömmliche Politik, die nur noch an
25 den Symptomen ansetzt, nicht mehr zu lösen. Die Pi-
26 ratenpartei Deutschland setzt sich daher für ein Um-
27 denken in der Sozialpolitik ein und sieht die Einfüh-
28 rung eines Bedingungslosen Grundeinkommens
29 (BGE) als den besten Lösungsansatz für eine Gesell-
30 schaftspolitik in einer Kultur- und Informationsgesell-
31 schaft.

32 **2. Was ist das *Bedingungslose***
33 ***Grundeinkommen?***

34 Ein würdevolles Leben ist in der modernen, arbeits-
35 teiligen Gesellschaft nur mit einem Einkommen zu
36 bestreiten. Somit kann das Recht jedes Menschen auf
37 sichere Existenz, soziokulturelle Teilhabe und freie
38 Entfaltung nur erfüllt sein, wenn ein Einkommen ga-
39 rantiert ist.

40 Einem bedingungslosen Grundeinkommen (BGE),
41 welches an jeden Einwohner eines Landes gezahlt
42 wird, sollen dabei folgende 4 fundamentale Kriterien
43 zugrundeliegen: Es soll

- 44 • die Existenz sichern und gesellschaftliche Teil-
45 habe ermöglichen,

- 46 • einen individuellen Rechtsanspruch darstel-
47 len,
48 • ohne Bedürftigkeitsprüfung ausgezahlt wer-
49 den und
50 • keinen Zwang zur Arbeit bedeuten.

51 Ein für alle Bürger garantiertes Grundeinkommen
52 festigt die im Grundgesetz festgeschriebenen Grund-
53 rechte:

- 54 • Die Würde des Menschen (Artikel 1.1),
55 • die freie Entfaltung der Persönlichkeit (Artikel
56 2.1),
57 • das Recht auf Leben und körperliche Unver-
58 sehrtheit (Artikel 2.1),
59 • die Chancengleichheit für Kinder (Artikel 6.5),
60 • das Recht auf freie Berufswahl (Artikel 12.1)
61 und
62 • Schutz vor Arbeitszwang (Artikel 12.2 und
63 12.3).

64 Für die Piraten sind die Grundrechte (Art. 1-19 GG)
65 unantastbar. Ein Staat, der seine soziale Pflicht (Art
66 20.1) ernst nimmt, muss die Wahrung dieser Grund-
67 rechte gewährleisten.

68 **3. Ausgangslage**

69 Durch die großen Erfolge der Rationalisierung und
70 Automatisierung wird der Bedarf an menschlicher Er-
71 werbsarbeit knapper und eine Vollbeschäftigung zu-
72 künftig immer unrealistischer. Die demographische
73 Entwicklung, die geringen Löhne und Gehälter und
74 die Erwerbsarbeitslosigkeit haben die Sozialsysteme
75 an den Rand ihrer Belastbarkeit geführt. Bereits heu-
76 te sind nur noch etwa 27 Mio. sozialversicherungs-
77 pflichtig erwerbstätig. Wer keiner ausreichenden Er-
78 werbsarbeit nachgeht, bezieht sein Einkommen heu-
79 te meist aus Transferleistungen. Der staatliche Anteil
80 dafür stammt aus dem Sozialbudget: Im Jahre 2007
81 betrug dieses ca. 750 Mrd. Euro. Das Geld kommt je-
82 doch nicht bei den Menschen an. Der kostspielige
83 und ineffektive Verwaltungsapparat beschneidet zu-
84 dem viele Grundrechte bei der intransparenten Ver-
85 gabe der Sozialleistungen. Es bedarf dringend eines
86 Umdenkens mit einem einhergehenden Systemwech-
87 sel.

88 **Veränderte Welt**

89 Seit 1881, als Otto von Bismarck die Arbeitnehmer-
90 versicherung in Deutschland offiziell eingeleitet hat,
91 hat sich vieles verändert. Jahrzehntelang gingen die
92 Beiträge nach oben und die Leistungen nach unten.

93 **Keine Angst und kein Zwang**

94 Durch den massiven Ab- und Umbau der Sozialsysteme
95 haben viele Arbeitnehmer Angst ihren Arbeitsplatz zu verlieren
96 und üben Tätigkeiten aus, die sie ohne Zwang nicht machen würden.
97 Außerdem wird unter Sanktionsandrohung gefordert, dass Erwerbsarbeit
98 aufgenommen wird, die dem Lohnabstandsgebot nicht gerecht wird.
99 Eine Möglichkeit sich dem Zwang zu entziehen ist nicht vorgesehen.

102 **Freiheit**

103 Der wichtigste Effekt eines BGEs ist die persönliche Freiheit.

- 105 • Freiheit bei der Berufswahl
- 106 • Freiheit bei den Bildungsmöglichkeiten
- 107 • Freiheit bei der Wahl der Tätigkeit
- 108 • Freiheit bei der Partnerwahl
- 109 • Freiheit "Nein!" zu sagen

110 **Bildung**

111 Die Möglichkeit auf lebenslanges Lernen ist eine Voraussetzung für eine funktionierende Wissensgesellschaft.
112 Das BGE ermöglicht eine Ausbildung, unabhängig von Alter, Herkunft oder Vermögensverhältnissen (bzw. das der Eltern).

116 **Transparenter Staat / kein gläserner Bürger**

117 Bei heute 153 existierenden Transfer-/Sozialleistungen
118 von 44 Behörden muss durch die Preisgabe un-
119 nötiger, persönlicher Informationen auf Privatsphäre
120 nahezu völlig verzichtet werden.

121 **Gesellschaftliches Engagement**

122 In unserer Gesellschaft sind 23 Millionen Menschen
123 ehrenamtlich tätig und bekommen keine finanzielle
124 Anerkennung. Die gesellschaftliche Anerkennung für
125 ein Engagement in Vereinen, Familie, karitativen Ein-
126 richtungen etc. wird durch ein BGE ausgedrückt.

127 **Stärkung der Autonomie**

128 Mit einem BGE ermöglichen wir allen Bürgern nicht
129 weniger, als ihr Leben selbstbestimmt, frei von Exis-
130 tenznot und gemäß ihren Wünschen und Begabun-
131 gen zu führen. Niemand ist mehr von seinem Arbeit-
132 geber oder Partner (finanziell) abhängig.

133 **Weniger Bürokratie**

134 Die Vereinfachung staatlicher Verwaltung hätte einen
135 deutlichen Bürokratieabbau zur Folge, mit dem Po-
136 tential, frei werdende Arbeitskraft an sinnvollerer
137 Stelle zu entfalten.

138 **Förderung von Kunst, Kultur und freiem**

139 **Journalismus**

140 Ein Grundeinkommen fördert freien Journalismus,
141 Kunst- und Kulturschaffende und entschärft Urheber-
142 rechtskonflikte. Journalismus und Kunst müssen nicht
143 mehr primär kommerziell ausgerichtet sein.

144 **4. Das Bedingungslose Grundeinkommen - der**
145 **Kern einer neuen Gemeinschaft**

146 Wir Piraten stehen für eine freie und moderne Gesell-
147 schaftspolitik . Ein Baustein dazu ist das bedingungs-
148 lose Grundeinkommen. Unser Ziel ist es, dass alle
149 Bürger in Würde frei sein, ihre Talente entfalten und
150 füreinander einstehen können. Die Einführung des
151 BGE für alle Bürger als Grundrecht ist die logische
152 Konsequenz aus den Grundwerten der Piraten (Trans-
153parenz, Datensparsamkeit und Demokratie) und eine
154 unbedingte Voraussetzung für einen erfolgreichen
155 Übergang in die moderne Kultur- und Informationsge-
156 sellschaft des 21. Jahrhunderts.

Begründung/Erläuterung

Keine Begründung/Erläuterung angegeben.

Liquid Feedback

Keine Initiative bekannt.

Konkurrenzanträge

Z-AC #034 - BGE

Positionspapier: Zukunftsfähige Sozialpolitik durch ein bedingungsloses Grundeinkommen – Seite 119

Z-AC #034 - BGE

Positionspapier: Zukunftsfähige Sozialpolitik durch ein bedingungsloses Grundeinkommen

Antragsteller: Martin Delius, Heiko Herberg, Eberhard Zastra,
Helge Eichelberg

Antragstyp: Sonstiger Antrag

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 **Antrag**

2 ***Positionspapier: Zukunftsfähige***

3 ***Sozialpolitik durch ein bedingungsloses***

4 ***Grundeinkommen***

5 ***Einleitung***

6 Weite Teile der Bevölkerung hat eine tiefe Verunsicherung über ihre soziale Absicherung und Zukunft
7 erfasst. Auf Erwerbstätigen und Empfängern von Sozialleistungen lastet ein enormer Druck, die immer
8 schwerer zu finanzierenden Sozialsysteme zu erhalten.
9
10
11

12 Folgen dieses Druckes sind unwürdige Arbeits- und
13 Zwangsmaßnahmen sowie schlecht bezahlte und unsichere Arbeitsverhältnisse, welche die freie Entfaltung der Persönlichkeit gefährden.
14
15

16 Die gegenwärtige Krise der Sozialsysteme ist durch
17 eine herkömmliche Politik der Symptom-Bekämpfung
18 nicht mehr zu lösen. Die Renten-, Kranken- und Ar-
19 beitslosenversicherung hängen direkt vom Erwerb-
20 seinkommen ab und können nur aus diesem schon
21 seit Jahren nicht mehr finanziert werden. Die Piraten-
22 partei Berlin setzt sich daher für einen neuen Ansatz
23 in der Sozialpolitik ein.

24 Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkom-
25 mens (BGE) ist für uns der erfolgversprechendste Lö-
26 sungsansatz, die sozialpolitischen Probleme der Kul-
27 tur- und Informationsgesellschaft des 21. Jahrhun-
28 derts zu lösen.

29 ***Was ist das Bedingungslose Grundeinkommen?***

30 Ein würdevolles Leben ist in der modernen, arbeits-
31 teiligen Gesellschaft nur mit einem Einkommen zu
32 bestreiten. Somit kann das Recht jedes Menschen auf
33 sichere Existenz, soziokulturelle Teilhabe und freie
34 Entfaltung nur erfüllt sein, wenn ein Einkommen ga-
35 rantiert ist.

36 Einem bedingungslosen Grundeinkommen (BGE),
37 welches an jeden Einwohner eines Landes gezahlt
38 wird, sollen dabei folgende 4 fundamentale Kriterien
39 zugrundeliegen: Es soll

- 40 • die Existenz sichern und gesellschaftliche Teil-
41 habe ermöglichen,

- 42 • einen individuellen Rechtsanspruch darstel-
43 len,
44 • ohne Bedürftigkeitsprüfung ausgezahlt wer-
45 den und
46 • keinen Zwang zur Arbeit bedeuten.

47 Ein für alle Bürger garantiertes Grundeinkommen
48 festigt die im Grundgesetz festgeschriebenen Grund-
49 rechte:

- 50 • Die Würde des Menschen (Artikel 1.1),
51 • die freie Entfaltung der Persönlichkeit (Artikel
52 2.1),
53 • das Recht auf Leben und körperliche Unver-
54 sehrtheit (Artikel 2.1),
55 • die Chancengleichheit für Kinder (Artikel 6.5),
56 • das Recht auf freie Berufswahl (Artikel 12.1)
57 und
58 • Schutz vor Arbeitszwang (Artikel 12.2 und
59 12.3).

60 Für die Piraten sind die Grundrechte (Art. 1-19 GG)
61 unantastbar. Ein Staat, der seine soziale Pflicht (Art
62 20.1) ernst nimmt, muss die Wahrung dieser Grund-
63 rechte gewährleisten.

64 *Das bedingungslose Grundeinkommen - der***65 *Kern einer neuen Gemeinschaft***

66 Wir Piraten stehen für eine freie und moderne Gesell-
67 schaftspolitik. Ein Baustein dazu ist das bedingungs-
68 lose Grundeinkommen. Unser Ziel ist es, dass alle
69 Bürger in Würde frei sein, ihre Talente entfalten und
70 füreinander eintreten können. Die Einführung des
71 BGE für alle Bürger als Grundrecht ist eine logische
72 Konsequenz aus Werten der Piraten (Freiheit, Würde
73 und Teilhabe) und ermöglicht den Erhalt und Ausbau
74 unserer freiheitlichen und gerechten Gesellschaft als
75 Zukunftsmodell für den Sozialstaat des 21. Jahrhun-
76 derts.

Begründung/Erläuterung

Der Antrag von Frank Mai ist in weiten Teilen voll unterstützungswürdig. Wir finden jedoch, dass die Anspielung auf die Bismarcksche Sozialpolitik, Agenda 2010 nicht in eine Einleitung sollte. Weiterhin haben wir den Antrag dahingehend entschärft, dass Vollbeschäftigung herausgenommen wurde. Absatz 2 haben wir unberührt gelassen, dieser ist wirklich gut. Genau wie der alte Absatz 4, der nun Absatz 3 ist. Den alten Absatz 3 haben wir jedoch komplett entfernt da hier mit Zahlen, Geschichte sowie Unterstellungen gearbeitet wird, die man nicht so einfach machen sollte. Otto von Bismarck hat mit dem heutigen Sozialsystem schon lange nichts mehr zu tun. Ob ein BGE wirklich Angst und Zwang abschafft, alle Freiheiten bringt wissen wir derzeit noch gar nicht. Daher finden wir diesen Absatz für zu weitreichend.

Liquid Feedback

Keine Initiative angegeben.

Konkurrenzanträge

Z-AC #017 - BGE

Positionspapier zum Bedingungslosen Grundeinkommen – Seite 111

Z-AD #027 - Boxen

Boxen verbieten

Antragsteller: Georg von Boroviczeny

Antragstyp: Sonstiger Antrag

<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> zurückgezogen

1 **Antrag**

- 2 Boxen und andere Sportarten, die auf bewusste
- 3 Schädigung -bis zur Bewusstlosigkeit- des anderen
- 4 angelegt sind, sollen verboten werden.

Begründung/Erläuterung

§ 223 Körperverletzung

(1) Wer eine andere Person körperlich mißhandelt oder an der Gesundheit schädigt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. (2) Der Versuch ist strafbar.

ich denke, dieser Auszug aus dem StGB sollte als Begründung reichen.

Es ist unerträglich, wenn wir für ein friedliches Zusammenleben werben, Straftaten verfolgen und dann Sportarten, die de facto strafbar sein müssten, noch begünstigen.

Liquid Feedback

<https://lqpp.de/be/initiative/show/921.html> (noch nicht abgestimmt)

Konkurrenzanträge

Derzeit keine bekannt.